Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. **Bezugspreis** einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt" und „Für unsere Frauen" monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 3 gespaltene Reklamezeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 97 | Danzig, Sonnabend den 27. Juni 1914 | 5. Jahrgang

Der höchste Unverstand

F. M. Es ist recht seltsam: während eine Reihe von Parteiblättern sich den Kopf darüber zerbricht, welchen Eindruck das Sitzenbleiben unserer Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch auf die biedern Philister und etwa noch auf die politisch unaufgeklärte Volksmasse gemacht hat, wird kaum die Frage gestreift, was diejenigen Schichten der deutschen Arbeiterklasse, die zu klarem Klassenbewußtsein erwacht sind, was also die Masse der Parteigenossen darüber denkt. Und darauf kommt es doch am Ende in erster Reihe an.

Glücklicherweise ist diese Lücke in der Diskussion der Parteipresse dadurch ausgefüllt, daß die Parteigenossen in einer Reihe von Wahlkreisen selbst das Wort ergriffen und das Verhalten der Reichstagsfraktion unter Kundgebungen der lebhaftesten Genugtuung gebilligt haben. Die, soweit uns bekannt ist, einzige Ausnahme bildete der badische Parteitag, der dieser Tage in Freiburg tagte, aber wie aus den ausführlichen Berichten über seinen Verlauf hervorgeht, ist auch auf ihm die Mißbilligung der von der Reichstagsfraktion beobachteten Taktik nur mit Ach und Krach gelungen.

In einer der sächsischen Versammlungen, die sich mit der Frage beschäftigten, hat ein Redner sein Unbehagen darüber geäußert, daß über solche Dinge überhaupt noch weitläufig gestritten werde; die Partei habe sich wirklich mit wichtigeren Dingen zu beschäftigen. Das ist richtig oder auch unrichtig, je nachdem. Richtig insofern, als der ganze Zwischenfall eine Lappalie sein sollte, aber unrichtig insofern, als er es leider nicht ist. Darüber, daß sich eine revolutionäre Arbeiterpartei nun und nimmer an monarchischen Kundgebungen beteiligen darf, sollte innerhalb dieser Partei gewiß nicht einen Augenblick gestritten werden, allein wenn, wie sich nunmehr herausstellt, ziemlich die Hälfte unserer Reichstagsfraktion die entgegengesetzte Auffassung vertreten hat und einzelne aus ihrer Mitte zum Gaudium der Gegner daraus eine Haupt- und Staatsaktion machen, so kann man sich nicht mit dem stummen Achselzucken begnügen, womit an und für sich der Tadel allerdings erledigt wäre.

Den springenden Punkt der Frage hat Friedrich Engels schon vor nunmehr bald dreißig Jahren angedeutet, als er ausführte, in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bis in die Reichstagsfraktion hinein, finde ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung. Und zwar in der Weise, daß man zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkenne, aber ihre Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabsehbarer Zeit für möglich erkläre. Damit sei man dann für die Gegenwart auf soziales Flickwerk angewiesen, und könne mit allen möglichen bürgerlichen Bestrebungen „zur Hebung der arbeitenden Klasse" sympathisieren. Aus geschichtlichen Gründen erklärt Engels das Bestehen einer solchen Richtung in Deutschland für ganz unvermeidlich, und er sagt, es sei notwendig und sogar wünschenswert, daß sie einmal festere Form und bestimmtere Umrisse annehme, wenn er auch die Hoffnung hinzufügt, daß sie an dem gesunden Sinne der deutschen Arbeiter scheitern werde.

Ob diese von Engels gekennzeichnete Richtung heute wirklich „festere Form und bestimmtere Umrisse" angenommen hat, wollen wir nach der tatsächlichen Seite der Sache nicht näher untersuchen. Soviel aber ist klar, daß alle Gründe, die dagegen angeführt werden, daß die Reichstagsfraktion offenkundig die Beteiligung an einer monarchischen Kundgebung abgelehnt hat, nur unter der Voraussetzung gelten, daß wir die bürgerliche Welt bei guter Laune erhalten wollen, um mit ihr einiges „soziale Flickwerk" fertig zu bringen. Ob diese Taktik wirklich auch nur dies Ziel erreicht, kann ebenfalls dahingestellt bleiben; so weit unsere Beobachtung reicht, ruft jedes scheinbare oder wirkliche Abweichen von unseren Prinzipien zwar ein fürchterliches Freudengeheul namentlich unter den braven Liberalen hervor, aber dieselben Biedermänner erweisen sich als äußerst zähe Schacherer, wenn sie nun wirklich daran gehen sollen, die soziale Gesetzgebung „zur Hebung der arbeitenden Klasse" ein wenig auszuflicken. Dabei gehen sie in ihrer Dummdreistigkeit so weit, den Arbeitern eine Selbstdemütigung zuzumuten, die selbst ihren kümmerlichen Angstseelen über die Hutschnur gegangen ist. In der preußischen Konfliktzeit vor fünfzig Jahren haben sie sich gegen die ihnen mißfällige Monarchie ganz andere — um einmal in ihrem abgeschmackten Jargon zu sprechen — „Demonstrationen mit dem Sitzfleisch" erlaubt, als unsere Reichstagsfraktion.

Jedoch sei dem so oder anders: wer die grundlegenden Gedanken unseres Parteiprogramms nicht als eine schwärmende Erwartung des tausendjährigen Reichs betrachtet, sondern als eine Forderung, die ihn jeden neuen Tag zu neuem Kampf antreiben soll, der kann nur die aufrichtigste Genugtuung darüber empfinden, daß unserer Reichstagsfraktion selbst eine Lappalie gut genug gewesen ist, um an die einzige Quelle zu erinnern, aus der dem proletarischen Emanzipationskampf immer neue Kraft zufließt. Es ist das erwachende Klassenbewußtsein der Massen, das von keiner Diplomatie und von keiner Vermittlung wissen will, sondern ein Hüben, ein Drüben nur kennt. Dies Klassenbewußtsein zu nähren und zu schüren, ist hundert-, ist tausendmal wichtiger, als den dumpfen und stumpfen Vorurteilen derjenigen Volksschichten auszuweichen, in denen überhaupt noch kein Klassenbewußtsein erwacht ist.

Daß es sich dabei um keine doktrinäre Einbildung, sondern um eine äußerst praktische Frage handelt, hat ein anderer unserer großen Vorkämpfer dargelegt. Lassalle führt einmal aus, daß alle Vermittlung, alles Eingehen auf das Bestehende das Prinzip aufgebe, also gerade das, was die Kraft und die Berechtigung der Revolution ausmache. „Realer gesprochen, kann man zuletzt Revolutionen nur mit den Massen und ihrer leidenschaftlichen Hingebung machen. Die Massen aber, eben wegen ihrer sogenannten Roheit, wegen ihres Mangels an Bildung, haben keinen Sinn für Vermittlungen, interessieren sich nur — denn jeder rohe Verstand ist extrem, kennt nur ein Ja und ein Nein und keine Vermittlung zwischen beiden — für das Extreme, Ganze, Unmittelbare. Es muß also zuletzt kommen, daß solche Revolutionsrechner, statt die getäuschten Feinde nicht vor sich und die Freunde hinter sich zu haben, zuletzt umgekehrt die Feinde vor sich und Anhänger ihres Prinzips nicht hinter sich haben. Der scheinbar höchste Verstand hat sich so in der Tat als höchster Unverstand erwiesen." So schrieb Lassalle einige Jahre, ehe er seine Agitation begann; seitdem gibt es in der fünfzigjährigen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie kein Blatt, das die Richtigkeit seiner Ansicht nicht bestätigte.

Und so hat auch dieses Mal der „gesunde Sinn" der deutschen Arbeiter den „höchsten Verstand" ablehnend als „höchsten Unverstand" beschieden.

Die Zwischenfälle in Elsaß-Lothringen

nehmen kein Ende. Kaum hat sich die Bevölkerung über den einen Fall beruhigt, ist schon ein neuer da. Vor einigen Tagen ging durch die elsaß-lothringische Presse die Nachricht, wonach ein Ulanenoffizier in Lothringen einen Fuhrmann, der seinen Weg kreuzte, mit der Reitpeitsche geschlagen habe, worauf der Fuhrmann den Schlag erwiderte. Der Offizier habe dann einen Unteroffizier und zehn Mann geholt, die den geschlagenen Fuhrmann sistierten. Die regierungsfreundliche Presse hatte sofort einen Bericht bei der Hand, der den Vorfall ganz anders darstellte und den Offizier natürlich als unschuldigen Engel aufmarschieren ließ. Nun schreibt der Fuhrmann, ein Landmann, aus der Nähe von St. Avold unserem Straßburger Parteiorgan den Sachverhalt über das Rencontre mit dem Ulanenoffizier. Danach hat der Fuhrmann folgendes dem Gerichtsoffizier zu Protokoll gegeben:

Ich fuhr am Montag, den 15. Juni, von der Porzellitter Mühle nach St. Avold. In der Mitte des Weges begegnete mir der Leutnant Zander. Ohne weiter ein Wort zu sagen, ritt derselbe an mir vorüber und rief mir zu: „He". Der Leutnant ritt zirka 500 Meter weiter, kam dann aber im vollsten Galopp zurück und hielt das andere Fuhrwerk, das mein Knecht leitete, mit folgenden Worten an: „Wissen Sie nicht, daß dieser Weg verboten ist?" Der Knecht gab zur Antwort: „Das weiß ich nicht, ich bin fremd hier!" Darauf sagte der Leutnant: „Ich werde Sie mit 30 Mark protokollieren lassen" und forderte gleichzeitig vom Knecht meinen Namen. Als er wiederholt den Namen verlangte, gebrauchte er die Ausdrücke **„dreckiger Hammel", „Dreckbauer" und hielt drohend die Reitpeitsche in der Hand.** Da mir die drohende Haltung des Leutnants auffiel, hielt ich ebenfalls den Peitschenstock, der im Wagen lag, bereit. Der Leutnant ritt dann zu mir vor und **schlug ohne jeden vorangegangenen Wortwechsel mir mit der Reitpeitsche in das Gesicht und auf die Hand.** Diese beiden Schläge **erwiderte ich mit einem Peitschenstockschlag** auf den Rücken des Leutnants, worauf derselbe im vollsten Galopp davonritt. Der Weg, welcher acht Meter breit ist, hat also das Galoppieren nicht beeinträchtigt. Am Waldrand war der Leutnant Zander abgesessen. Als wir, mein Knecht und ich, hinkamen, lief der Leutnant mit seinem Pferde am Zügel zu Fuß nach der in der Nähe gelegenen Artillerie-Kaserne. Daselbst kommandierte er einen Vizewachtmeister, mehrere Unteroffiziere und zehn Mann, um mich mit meinem Fuhrwerk anzuhalten, was ich mir aber nicht so ohne weiteres gefallen ließ. **Der Leutnant ließ blank ziehen und erklärte uns beide, meinen Knecht und mich, für verhaftet.** Mein am Wagen angebrachtes Schild hielt er für falsch. Trotzdem ich ihm erklärte, ich wäre der Besitzer des Fuhrwerks, wurde die Verhaftung aufrechterhalten und wir zur Wache gebracht. Nachdem wir dort unsere Angaben gemacht hatten, begaben wir uns zum Gendarmen und zum Kommandeur des Ulanenregiments, wo wir abermals den Sachverhalt erklärten. Der Oberstleutnant Veitts gab uns dann ein Schreiben mit, durch welches meine beiden Fuhrwerke freigegeben wurden. Gleichzeitig bestellte uns der Oberstleutnant auf 9 Uhr in das Ulanenkasino. Meine Pferde fand ich im Chausseegraben grasend vor. Die Pferde hatten das Geschirr zerrissen, wodurch ich einen Schaden von ca. 30 Mk. hatte. Abends gab ich die Sache dann zu Protokoll beim Gerichtsoffizier, wo der Leutnant Zander den Sachverhalt auch so zugab. Gegen 10½ Uhr kam Leutnant Zander mit dem Gerichtsoffizier zu meiner Wohnung und bat mich um Entschuldigung, da er aufgeregt gewesen wäre. Am andern Tage kam der Leutnant noch dreimal in meine Wohnung, um einen Sühneversuch abzuhalten. Ich einigte mich dann auf eine Geldsumme. Hiernach sagte dann der Leutnant: „Das sei eine Lehre für uns alle."

Die Liebesmühe der patriotischen Presse ist also vergebens gewesen. Der Offizier hat einen Bürgersmann mit der Reitpeitsche traktiert, dann er revanchierte sich der Bürger. Als Strafe erhielt der Offizier einige Tage Stubenarrest und Versetzung nach Mörchingen, in eine andere Eskadron. Es wirft ein besonderes Schlaglicht auf die Anschauungen mancher Militärs, wie sie in Elsaß-Lothringen glauben die Bevölkerung behandeln zu können.

Die „Verpflichtungen" des Wachhorst de Wente

Die konservative Presse kommt nicht darüber hinweg, daß im Wahlkreis Osterburg-Stendal der nationalliberale Wachhorst de Wente und nicht der konservative Hoesch gewählt worden ist. Wachhorst de Wente verdankt seine Wahl der Sozialdemokratie, die in der Stichwahl den Ausschlag gab. Die Konservativen glauben nun, den Nationalliberalen besonders etwas anzuhängen, wenn sie Wachhorst de Wente deshalb als den Hörigen der Sozialdemokratie bezeichnen, während die Nationalliberale Korrespondenz wieder sich krampfhaft bemüht, nachzuweisen, daß die Nationalliberalen die sozialdemokratische Hilfe garnicht haben wollten. Dieser ergötzliche Streit ist in ein neues Stadium getreten durch eine Bemerkung des sozialdemokratischen Kandidaten von Osterburg-Stendal, des Genossen Beims, der in einer Parteiversammlung in Stendal erklärte:

> „Im Altmärker und im Deutschen Kurier hat es geheißen, daß sich Wachhorst de Wente der Sozialdemokratie gegenüber weder mündlich noch schriftlich zu etwas verpflichtet habe. Ich will nur erklären, daß diese Mitteilungen unrichtig sind."

Die konservative Presse sieht in dieser Erklärung eine Bestätigung ihrer Auffassung, daß Wachhorst de Wente bestimmte Stichwahlbedingungen der Sozialdemokratie akzeptiert habe. Die Nationalliberale Korrespondenz dagegen redet von „Wortklaubereien". Sie schreibt in der Nummer vom 25. Juni:

„Die ganze Geschichte ist garnichts anderes als Wortklauberei. Herr Wachhorst de Wente hat in seinen Wählerversammlungen seine allgemeinen politischen Anschauungen, wie seine Stellungnahme zu den wichtigsten Einzelfragen vorgetragen, wie das Pflicht jedes Kandidaten und auch selbstverständlich ist, denn das ist doch schließlich der Zweck der Wählerversammlungen. Daß er sich zu diesen Anschauungen und dieser seiner Stellungnahme auch als Abgeordneter bekennt und danach handelt, ist wiederum selbstverständlich. Insofern hat er wie jeder Abgeordnete, mag er einer Partei angehören, welcher er will, „Verpflichtungen" eingegangen. Diese Verpflichtungen gelten aber jedem Wähler gegenüber, selbstverständlich auch den Sozialdemokraten gegenüber, denn das, was einer öffentlich verspricht, das muß er auch der Oeffentlichkeit gegenüber halten. Es könnte also nichts dagegen eingewandt werden, wenn in der sozialdemokratischen Stichwahlparole gesagt war, den Sozialdemokraten genügten die Erklärungen, die Herr Wachhorst de Wente abgegeben hat, und man kann es auch verstehen, wenn sie die Wendung gebrauchen, er hätte ihnen gegenüber „Verpflichtungen" eingegangen. Sofern man darunter eine Verpflichtung in dem angegebenen Sinn versteht, ist das wohl richtig, sofern aber besondere Verpflichtungen gegenüber der Sozialdemokratie gemeint sein sollten, ist es absolut unrichtig. Um solche aber kann es sich bei den Behauptungen der Konservativen, sollen sie überhaupt einen Sinn haben, nur handeln. Man sieht, die ganze Sache ist ein Streit um Worte."

Die Junkerblätter werden aber trotzdem Herrn Wachhorst de Wiente als einen Hörigen der Sozialdemokratie betrachten.

Politische Tagesübersicht

Deutschland

— **Bundesratsbestimmungen für Hausarbeit.** Auf Grund des § 24 des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 hat der Bundesrat Bestimmungen über die Errichtung und Zusammensetzung der Fachausschüsse für Hausarbeit erlassen, die im Reichsanzeiger vom 25. Juni veröffentlicht werden.

— **Das bayrische Postreservat** bildete auch am Donnerstag Gegenstand der Beratung in der bayrischen Kammer. Der Verkehrsminister v. Seidlein nahm hierzu das Wort und stellte der bayrischen Post ein günstiges Zeugnis aus. Der bayrische Staat habe aus der Postverwaltung finanzielle Vorteile gezogen. Es wäre durchaus zweifelhaft, ob unter der Wirtschaft der Reichspost die jetzigen niedrigeren Telephongebühren bestehen bleiben würden. Die bayrische Post stehe hinter keiner deutschen Postverwaltung zurück. In mancher Hinsicht sei sie sogar beweglicher als die Reichspost, beispielsweise im Motor-Postbetrieb. Der Eigenart Bayerns auf dem Gebiete der Post und des Telegraphen könne besser Rechnung getragen werden.

Im gleichen Atemzuge lehnte aber der Minister jede Neuerung im Postverkehr ab, so die Ermäßigung des Weltpostportos, die ihm kaum tunlich erscheine; auch eine Erweiterung des Brieftelegrammverkehrs könne er nicht in Aussicht stellen. Darauf wurde in die Spezialbehandlung des Etats eingetreten und ein Antrag des Ausschusses angenommen, die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat erneut darauf hinzuwirken, daß mit tunlichster Beschleunigung eine Neuregelung der Fernsprechgebühren herbeigeführt werde.

— **Arbeitslosenversicherung und badische Regierung.** Die badische Zweite Kammer beschloß, in einem Nachtragsetat 25 000 Mark anzufordern zur Unterstützung der Gemeinden, die eine Arbeitslosenversicherung eingeführt haben. Der Minister des Innern v. Bodman erklärte, daß die Arbeitslosenversicherung nur durch das Reich wirksam durchgeführt werden könne auf Grund eines gesetzlichen Zwanges. Der Einzelstaat könne das nicht für sich allein machen, weil dieser sonst zu einem Anziehungsgebiet für die Arbeitslosen werden würde. Der Minister bezeichnete es ferner als nicht richtig, daß die Reichsregierung aus dem Stadium der Erwägungen nicht herauskomme, sie sei bereits in das Stadium der Verhandlungen eingetreten. Der Standpunkt des Staatssekretärs Dr. Delbrück müsse als berechtigt anerkannt werden.

— **Unterm neuen Kurs im Reichslande.** Nach Meldungen aus Straßburg ist der Bürgermeister von Dammerkirch, Dr. Centlivre, der sein Amt bereits seit zwölf Jahren verwaltete, angeblich auf den Druck der Regierung hin zurückgetreten. Das Berliner Tageblatt weiß über diesen Rücktritt zu melden: „Dr. Centlivre hatte bisher nie für einen Nationalisten gegolten; er stand lange Jahre hindurch sogar in den besten Beziehungen zu den Behörden. Sein unfreiwilliger Rücktritt wäre unerklärlich, wenn er nicht auch dritter Vorsitzender der elsässischen Fortschrittspartei wäre und bei den Land- und Reichstagswahlen Gegenkandidat des klerikalen Kammerpräsidenten Dr. Ricklin gewesen wäre, mit dem Erfolg, daß er Ricklin in die Nachwahl drängte. Man glaubt nun hier, daß die Demission Dr. Centlivres auf den Einfluß Dr. Ricklins, der bei der Regierung persona gratissima geworden ist, zurückzuführen sei."

— **Die verloren gegangene Gewissensfreiheit.** Daß in Baden seit den letzten Landtagswahlen und insbesondere bei der im vorigen Monat stattgefundenen Kultusdebatte die Gewissensfreiheit verloren gegangen ist, wird jetzt auch amtlich bestätigt. Im Lesestück Nr. 200 des dritten Teiles des badischen Volksschullesebuches heißt der letzte Satz: „Die Verfassung gewährt endlich vollständige Gewissensfreiheit und Schutz der Gottesverehrung."

Dieser Satz ist auch in das entsprechende Lesestück des Fortbildungsschullesebuches übergegangen, aber merkwürdigerweise aus der letzten Auflage des Buches verschwunden. Man fragt nun: Ist das Zufall oder Absicht des badischen Kultusministeriums? Verwunderlich wäre es nach dem Verlauf der letzten Landtagsdebatten nicht mehr, wenn die Regierung Bedenken trüge, die Lehre von der verfassungsrechtlich gewährten Gewissenfreiheit fernerhin lehren zu lassen.

Frankreich

— **Die sozialistische Föderation des Seinedepartements** hielt am vergangenen Sonntag im Hinblick auf den bevorstehenden französischen Nationalkongreß und auf den Internationalen Kongreß in Wien in Paris eine Tagung ab. In der Debatte über die Verteuerung des Lebensunterhaltes machte Genosse Vaillant die planlose kapitalistische Wirtschaftsmethode für die steigende Teuerung verantwortlich, weil sie als ausschließlichen Zweck die persönliche Bereicherung habe. Besonders die Kartellbildung habe zur Verteuerung des Lebens beigetragen. Genosse Aubriot wies darauf hin, daß es notwendig sei, der kapitalistischen Lüge, daß die Teuerung eine Folge der Arbeiterforderungen sei, entgegenzutreten. Die Ausarbeitung einer entsprechenden, dem nationalen Kongreß vorzuschlagenden Resolution wurde einer Kommission übertragen. — Genosse René Vaillant referierte über die Alkoholfrage. — Eine lebhafte Debatte entwickelte sich dann beim Punkt „Imperialismus und Schiedsspruch". Genosse Vaillant klagte den kapitalistischen und militaristischen Imperialismus an, die wirtschaftliche Konzentration zu benützen, um die Arbeiterschaft in Knechtschaft zu erhalten. Er setzte hierauf die Aufgabe auseinander, welche der Sozialismus zur Bekämpfung des Krieges entfalten müsse. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage des Generalstreiks im Falle eines Kriegsausbruchs, wobei besonders die Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie berührt wurde. Es standen sich zwei Meinungen gegenüber; die eine wollte den Generalstreik als taktisches Mittel gegen den Krieg in die dem internationalen Kongreß vorzuschlagende Resolution aufnehmen; die andere trat dem entgegen. Genosse Lévy meinte, die deutschen Genossen, die es gewagt haben, im Reichstage den Ruf auszustoßen: „Es lebe Frankreich!", werden im Falle eines Krieges zu handeln wissen. Zum Schluß gedachte Genosse Morizet der „Ausbeuter der Vaterlandsliebe" und forderte ihre Kennzeichnung in der Resolution. Nachdem eine Kommission zur Ausarbeitung einer entsprechenden Resolution ernannt war, wurde die Tagung geschlossen.

— **Zu den Kundgebungen der Postbeamten.** Viertausend Unterbeamte der Post- und Telegraphenverwaltung hielten eine Versammlung ab. Sie billigten die Haltung ihrer Kameraden und erklärten sich solidarisch und einig mit jedem Vorgehen, welches die Syndikatsorganisation empfehlen werde.

Italien

— **Obstruktion im italienischen Parlament.** Die Deputiertenkammer verhandelte zwölf Stunden lang bis abends 10 Uhr. Da die Regierung hierdurch die Obstruktion der Sozialisten gegen die Steuervorlagen zu brechen wünschte, kam es zu lebhaften Zwischenfällen und einem heftigen Wortwechsel, der sogar in Tätlichkeiten ausartete, besonders, als der Republikaner Eugen Chiesa die Abstimmungsurnen umwarf. Er wurde bis Montag von den Sitzungen ausgeschlossen.

Mexiko

— **Eine blutige Schlacht.** Aus Newyork wird berichtet: Die Schlacht bei Jacatecas, welche mit der Einnahme der Stadt durch die Rebellen endigte, war die blutigste Schlacht der Revolutionskämpfe; sie dauerte vier Tage. Die Bundestruppen hatten vor dem Abzuge viele Gebäude durch Dynamit zerstört. General Villa gibt die Verluste der Bundestruppen auf 4000 Tote und 2000 Verwundete, und die eigenen Verluste auf 5000 Tote und 800 Verwundete an. Außerdem will er 5000 Gefangene gemacht haben.

Albanien

— **Zum Bürgerkrieg** wird gemeldet, daß die Aufständischen hätten wissen lassen, daß sie nach der gegenwärtigen Lage auf keinen Fall gesonnen wären, sich dem Fürsten Wilhelm noch zu unterwerfen. Von einer Erstürmung Durazzos würde abgesehen werden, allein man werde an den Fürsten die direkte Aufforderung ergehen lassen, abzudanken. Der Fürst besitze zurzeit keinerlei tatsächlichen Machtmittel, um dem Willen der Aufständischen sich zu widersetzen. Fürst Wilhelm hingegen soll den diplomatischen Vertretern erklärt haben, er werde nur der Gewalt weichen und werde, so lange er könne, die Mission, die ihm Europa übertragen habe, zu erfüllen trachten. — Die Lage in Valona wird als sehr schlimm bezeichnet. Die Regierung hat an Ismael Kemal den Auftrag gerichtet, daß man seine Hilfe annehme und ihm eine Stelle in dem neuen Kabinett anbiete. Der Sturz des jetzigen Ministeriums sei bereits sicher.

Danziger Nachrichten

Achtung vor neuem Rabattunsinn.

Die Rabattsysteme schießen wie Pilze nach warmem Sommerregen aus dem Boden. Kaum ist der eine Rabattunsinn von den Konsumenten abgelehnt, so meldet sich ein anderer findiger Kopf, der das Glück der Menschheit durch eine vielleicht noch unmöglichere Konstruktion fördern will. In Gelsenkirchen hat sich eine Gesellschaft mit dem Namen „Westdeutsche Gesellschaft für Gewerbehilfe" aufgetan, die mit ihrem System ganz Deutschland beglücken will. Der Grundgedanke des von der genannten Gesellschaft aufgestellten Rabattsystems ist nicht ganz neu. Die Käufer sammeln 300 der von der genannten Gesellschaft ausgegebenen Rabattmarken. Vom Tage der Ablieferung dieser 300 Marken ab ist der Inhaber für den nächsten Monat für den Unfall mit 1000 Mark bei einer süddeutschen Versicherungsgesellschaft versichert. Bei den üblichen Rabattsystemen erhält der Käufer wenigstens bares

Das schlafende Heer

14] Roman von C. Viebig.

„Werd' ich es ja schlachten, gleich, gleich!" schluchzte sie. „O, mein liebes Hühnchen, so jung und soll schon sterben! Sagt die Mamsell, gnädige Pani hat bestimmt dieses, es muß gebraten werden und fahren weit, wo ist Deutschland. Hat es gelbe Füßchen und ist so schön schwarz und weiß! Ach, Panje Keszner" — sie drückte das zitternde Huhn an ihr Kindergesicht und sah den gnädigen Herrn unter Tränen blinzelnd und bittend an: „Muß Hühnchen wirklich sterben?!"

So — hm — also Therese schickte schon wieder einen Freßkober nach Berlin? Als ob man da nicht genug zu essen kriegte! Der Junge ließ sich doch wahrlich nichts abgehen! Keßner zog die Augenbrauen hoch, aber dann sagte er unwirsch: „Dalli, dalli, laß die Pani nicht warten! Schlachte sofort das Huhn! Und hier" — er scharrte mit dem Stock — „hier gräbst du die Eingeweide ein!" Das gab guten Dung für die Champignonbrut, die wuchs dann reichlicher!

Er ging am Bienenstand und an den Spargelbeeten, die jetzt in hohen grünen Bäumchen mit roten Beeren standen, vorbei und durch das Blumenrondell zur Veranda auf der Rückseite des Wohnhauses.

Die kleine Maryanka, das Messer zwischen den Zähnen, sah ihm traurig nach. Ach, armes Hühnchen! Wenn sie „put, put" gemacht, war es immer zuerst gekommen.

Unwillkürlich lockerten sich ihre Hände — mit einem Aufkrähen entwischte ihr das Huhn, fast war es, saß auf dem Gittertor und drehte äugelnd das Köpfchen, war jetzt schon drüben auf dem Hof und stob mit gespreizten Flügeln davon.

Sie war ihm nachgelaufen, die Hände ausstreckend, um es zu greifen. Ueber den Hof bis zur ersten Scheune hin ging die Jagd. Es ließ sich nicht fangen.

„Put, put — put, put!" Da hielt es zutraulich an, plusterte sich auf und pickte ein Körnchen.

Heilige Maria, nein, sie konnte es nicht schlachten! Vater, Muner war im Himmel, Hühnchen durfte nicht auch dahin gehen!

Sich niederkauernd beim pickenden Liebling, weinte die kleine Maryanka aufs neue bitterlich. Hilfesuchend irrte ihr Blick über den öden Hof. Da — sah sie recht? Wie Sonnenschein blitzte es plötzlich durch den Schleier ihrer Tränen, schnell war sie auf den Füßen, schnell zugesprungen — da lag was am Boden zwischen Unkraut und Spreu, mit gelben Füßchen und schön schwarz und weiß, und das war schon tot!

„Heilige Muner, heilige Schutzpatronin, du hast gesehen armes Waisenkind!" Entzückt stammelte die kleine Maryanka; das Messer entglitt ihren Zähnen, flugs nahm sie es zur Hand: rasch das tote Hühnchen abgeschlachtet! Perlhuhn ist Perlhuhn — wer wird es merken?!

Frau Therese war beschäftigt, auf dem Tisch der geräumigen Speisekammer, hinter dem nach dem Hofe herausgehenden stark vergitterten Fenster, die Kiste für ihren Aeltesten zu packen. Er hatte geschrieben, daß er einem abkommandierten Regimentskameraden ein letztes kleines Frühstück zu geben beabsichtige. Und das war so viel gemütlicher in den eigenen hübschen Räumen als bei Dressel — und auch viel billiger, denn die Mutter schickte. Ein Korb Krebse, in Nesseln verpackt, kam morgen früh noch dazu, „per expreß" zu bestellen. Löb Scheftel hatte sich beim Haupt seiner Kinder verschworen, daß er die in der Nacht gefangenen Krebse bereit halten würde bei Morgengrauen. Dann konnte der Milchjunge sie bei ihm abholen, vielmehr besser, die beiden besorgten miteinander die Kolli zur Post, Scheftel den Milchjungen und der Milchjunge den Löb Scheftel kontrollierend.

Die Krebse aus dem See von Miasteczko hatten eine gewisse Berühmtheit im Kreis der Kameraden; Frau Therese konnte schon eine ganze Anzahl von Ansichtspostkarten aufweisen:

„Der gütigen Frau Mama unseres lieben Keßner heißen Dank!"

Die selbstbereitete Gänseleberpastete — die Mamsell hatte ein Geheimrezept — war auch nicht zu verachten, konnte neben jeder Straßburger bestehen. Die Entenpotramka in einem hohen Steintopf, sorglich mit Pergament verbunden, brauchte nur warm gemacht zu werden; Rebhühnchen, in Weinblättern und Speckscheiben geschmort, lagen ein Dutzend bei, und für Paul, der keine Rebhühner mehr sehen konnte, wurde eben noch rasch ein ganz zartes Perlhuhn abgebraten.

Wenn nur alles gut ankam, die frischen Butterkuchen nicht zermürbten, die Ananaserdbeeren im dicken Zuckersaft und die Glaskrause mit den Rumfrüchten nicht in Scherben gingen!

Besorgt packte die Mutter, und ihr strenges Gesicht wurde weich dabei. Der gute Junge, wie würde er wieder schmunzeln! Sie sah so deutlich sein gebräuntes Gesicht mit der weißen Stirn über der roten Attila und seine lachenden Augen. Sie konnte es nicht ändern, der Husar war nun einmal ihr Vorzug; nicht, daß sie den Referendar weniger geliebt hätte, aber der war ja so in der Nähe, kam fast alle Sonntag von Posen herüber — und Kornelia? Nun, die war ohnehin schon des Vaters Liebling! Frau Therese wußte, ihr Mann legte bereits zurück für eine große Mitgift.

Wenn nur der Hoppe nicht so abhängig wäre, dann würde man noch besser fahren bei den schlechten Zeiten! Solange sie selber ihren guten Augen trauen durfte, ging's ja noch an, aber wenn Gott ihr die Kraft nicht mehr ließ, was dann?! Wenn denn durchaus keiner der Söhne Przyborowo übernehmen wollte — und konnte man's ihnen verdenken, daß sie nicht auf der Klitsche verbauern, sich nicht in der Provinz vergraben wollten?! — war es das beste, zu verkaufen. Der Boden war glänzend und noch hoch in Kultur — das liebe Przyborowo, es war einem doch sehr teuer!

Frau Keßner verschloß ihre Vorratsschränke und hakte die Schlüssel in ihren Schlüsselbund; den überließ sie niemand, auch der Mamsell nur für Augenblicke. Mit dem Bewußtsein, die Kiste bis zum Rande gefüllt zu haben, schritt sie, ihre stattliche Gestalt ein wenig bückend, unter den selbstgegossenen Talglichtern her, die in langen Kränzen von der Decke baumelten, zum Ausgang.

Da hörte sie ihren Mann aufgeregt rufen:

„Therese, Therese!"

Gott verhüte, es war doch etwa keine schlechte Nachricht von den Jungen gekommen?! Eben hatte sie den Landbriefträger mit seinem Knotenstock und der umgehängten Posttasche vom Hof gehen sehen.

Sie lief ins Studierzimmer.

Keßner saß auf seinem Sofa unter dem Bildnis des Kaisers und rang nach Luft.

„Da siehst du's nun, Therese, da haben wir's — da schreibt der Paul schon wieder um Geld!" Er legte den im ersten Aerger zerknitterten Brief vor sich auf den Tisch. „Und warum? Hohoh!" — er lachte gezwungen — „weil er jetzt, da er Rittmeister geworden ist, noch ein Pferd haben müßte. Was sagt man dazu: zwei für sich, eins für den Burschen und eins für das neue Break?! Der Junge denkt wohl, ich finde das Geld auf der Straße! Lies nur, lies!"

Sie las, las lange. Die großen steilen Schriftzüge waren leicht zu entziffern; viel stand nicht auf dem Bogen, aber sie überlegte bei jeder Zeile: war es wirklich nur wegen des neuen Pferdes, oder hatte er etwa wieder gespielt?!

Keßner stöhnte: „Da hab ich ihm was von „ganz leidlicher Ernte" geschrieben — natürlich, nun wird gleich darauf los gelebt wie ein Wilder."

„Das kannst du nicht sagen, das ist unrecht!" Die Mutter hielt sich den Brief dichter vor die Augen und las und las. „Er schreibt: „alle andern haben mindestens so viele im Stall"!"

„Unsinn! Das soll er jemand andrem einreden — mir nicht!"

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westpreußen

Elbing-Marienburg

Oberbürgermeister Merten als Freund des Boykotts. Wir gaben gestern eine Mitteilung des Westpreußischen Volksblatts wieder, nach der die Mitglieder der „nationalen" Jugendvereine in **Elbing** über ein Papiergeschäft auf dem Inneren Marienburgerdamm den Boykott verhängt haben. In der Elbinger Zeitung lesen wir über denselben Gegenstand noch, daß der Boykott dieses Geschäftes durch den Rektor Schulz angeregt wurde. Dann schreibt die Elbinger Zeitung wörtlich:

„Herr Oberbürgermeister Dr. Merten hielt diese Maßnahme im vorliegenden Fall für durchaus zulässig, da sie einem guten Zweck diene."

Die oberbürgermeisterliche Boykottbegründung werden wir uns für spätere Zeiten merken, wenn das Geschrei über den sozialdemokratischen „Terrorismus" gar zu laut ertönen wird.

Zwei Elbinger Klempnerlehrlinge, die ihren Meistern ausgerissen waren, um in die Welt zu wandern, wurden in **Marienburg** verhaftet.

Wieder ein Schichtunfall. In der Lokomotivfabrik Tretkinkenhof brach der Kesselschmied Matern bei der Arbeit einen Arm.

Die Elbinger Strafkammer verurteilte den Arbeiter Feyerabend aus **Schöneberg** a. d. W. zu einem Jahr Gefängnis. F. soll in einer Verhandlung gegen Gastwirt Epp einen Meineid geleistet haben. Zu dem Termin waren 41 Zeugen geladen.

Die Elektrizitätsanlagen an der Nogat werden vorläufig nicht gebaut. Nach einer Mitteilung, die der Regierungsbaumeister Lahr im Landwirtschaftlichen Verein von Tiegenhof machte, ist die Errichtung der Kraftwerke auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Die alte Geschichte! Wenn in Preußen einmal eine Kulturaufgabe gelöst werden soll, bleibt man auf halbem Wege stehen.

Zu fünf Monaten Gefängnis verurteilte das Schöffengericht in **Marienburg** den früher in Thiensdorf, jetzt in Elbing wohnhaften Arbeiter Brock, weil er einen anderen Arbeiter mit einer Harke schwer mißhandelt hatte.

Danzig-Land

Die beschlagnahmten Kartoffeln sind dem zu Unrecht des Diebstahls verdächtigten Händler Schwerdt in **Ohra** bereits wieder zugestellt worden. Ein Wort der Entschuldigung hat niemand übrig gehabt. Herr Schwerdt ist mit dieser Art Lösung der Affäre noch lange nicht einverstanden und wird sein Recht weiter verfolgen.

Aus Heubude wird uns geschrieben: Eine zum großen Teil von Frauen besuchte Versammlung tagte am 24. Juni bei Peters. Die Genossin Reichert-Berlin referierte über das Thema: Wohin steuern wir? In 1½stündigem Vortrage ließ die Rednerin die neuesten politischen Ereignisse Revue passieren. Besonders die Koalitionshetze und die miserablen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft unterzog die Referentin einer scharfen Kritik. Gerade die Arbeiterfrauen hätten alle Veranlassung, ihre Gleichgültigkeit abzulegen, weil sie es seien, die am schwersten zu leiden hätten.

In der Diskussion besprach die Genossin Leu die Verurteilung unseres Genossen Schröder und forderte die Versammelten auf, unablässig neue Abonnenten für die Volkswacht zu gewinnen.

Zu der Versammlung selber wollen wir noch bemerken, daß dieselbe hätte besser besucht sein können. Von einer so stark organisierten Arbeiterschaft, wie sie in Heubude besteht, muß man verlangen, daß sie sich etwas mehr betätigt. Fronden wir tagüber dem Kapitalismus, so müssen wir auch einige Stunden für die Versammlung haben. Darum, Genossinnen und Genossen, legt die Gleichgültigkeit ab und haltet die Augen auf, denn große Gefahren sind im Anzuge!

Ein Schuppen des Hofbesitzers Knoop in **Roslau** geriet in Brand. Das Feuer griff auf die nebenstehende Scheune des Hofbesitzers Ziemen über. Durch tatkräftiges Eingreifen der Praustér und Müggenhahler Feuerwehren wurden die stark gefährdeten Wohnhäuser gerettet.

Stuhm-Marienwerder

Von der Anklage des Mordversuchs freigesprochen. Zwischen dem Arbeiterehepaar Gajewski in **Rehhof** kam es wiederholt zu Streitigkeiten. Der Mann soll öfter getrunken haben, während die Frau es mit der ehelichen Treue nicht so genau nahm. Am 1. Februar hat Gajewski in angetrunkenem Zustande seine Frau geschlagen, so daß sie durchs Fenster flüchten mußte. Später kehrte sie zurück und verkroch sich unter das Bett der Kinder. Der betrunkene Mann schlief ein. In der Nacht erwachte er mit durchschnittenem Halse. Der Blutverlust war sehr stark; Gajewski lag längere Zeit krank. Unter der Beschuldigung ihrem Manne mit einem Rasiermesser die Kehle abzuschneiden versucht zu haben, wurde die Frau Gajewski verhaftet. Sie bestritt die Tat und erklärte, ihr Mann habe wahrscheinlich in der Trunkenheit einen Selbstmordversuch unternommen. Da der Mann und die Kinder von dem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch machten, verneinte das Elbinger Schwurgericht die Schuldfragen und sprach die Frau frei.

Graudenz-Strasburg

Der zweite Tag des Städtetages

verlief ganz im Rahmen der bereits besprochenen Verhandlungen. Neben einer Anzahl Besichtigungen fanden drei größere Vorträge statt. Der Graudenzer Oberbürgermeister Kühnast behandelte die „Wirkungen der Novelle zum Landesverwaltungsgesetz auf die Städte". Langatmig wie der Titel, war auch der Inhalt des Vortrages. Ob Herr Kühnast von dem neuen Gesetz befriedigt ist oder nicht, ging aus seinen Ausführungen nicht hervor. Möglich, daß er das selbst nicht recht wußte. So schien es nämlich bei dem Stadtrat Deichen aus Danzig zu sein, der „die Städte und die Novelle zum Kommunalabgabengesetz" besprach. Erst lobte Herr Deichen diese und freute sich über die Ausdehnung der Gebühren, über die Möglichkeit, die Automobile und die öffentliche Reklame mit Abgaben belegen zu können und das Marktstandsgeld zu erhöhen. Ganz besonders gefiel ihm der Ausbau des kommunalen Nachbesteuerungsrechtes. Dann aber erklärte Herr Deichen zum Schluß, die Novelle sei doch rechtunbefriedigend. Jedermanns Sache ist eine derartige Logik nicht. Der Bürgermeister Erdmann aus Neustadt referierte über die „Statistik der Gemeindesteuern und Volksschullasten der westpreußischen Städte". **22 Städte** in Westpreußen haben noch immer nicht den alten Zopf des **Bürgerrechtsgeldes** abgeschnitten. Marktstandsgeld erheben 53 Städte, Baupolizeigebühren 36 Städte, Schlachtgebühren 37 Städte. Der Betrag der Staatseinkommensteuer und fingierten Normalsteuer nach Berücksichtigung des Beamtenprivilegs beträgt pro Kopf der Bevölkerung bis 2 Mark in 3 Städten, von 2 bis 5 Mark in 39 Städten, von 5 bis 10 Mark in 11 Städten, von 10 bis 15 Mark in einer Stadt. An indirekten Steuern kommen zur Erhebung: **Biersteuer in 47 Städten, Lustbarkeitssteuer in 51 Städten,** Hundesteuer in 52 Städten, Umsatzsteuer in 50 Städten, Schankkonzessionssteuer in 17 Städten. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, bewegt sich die Biersteuer zwischen 10 Pf. und **64 Pf.** Die Lustbarkeitssteuer beträgt pro Kopf der Bevölkerung bis zu 20 Pf. in 43 Städten, 20 bis 50 Pf. in 5 Städten, über 50 Pf. in 3 Städten. Die Hundesteuer schwankt zwischen 4 Pf. und 46 Pf pro Kopf der Bevölkerung. Umsatzsteuer entfällt auf den Kopf der Bevölkerung bis 1 Mark in 36 Städten, von 1 bis 2 Mark in 13 Städten, über 2 Mark in 1 Stadt. Ueberhaupt kommen an indirekten Steuern zur Erhebung pro Kopf der Bevölkerung bis zu 1 Mark in 12 Städten, von 1 bis 2 Mark in 24 Städten, von 2 bis 3 Mark in 12 Städten, von 3 bis 4 Mark in 4 Städten, von 4 bis 5 Mark in 1 Stadt. Bezüglich der direkten Steuern interessieren folgende Zahlen: **Unter 120 Prozent Zuschläge erhebt keine Stadt in Westpreußen.** Bis 200 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer erheben 4 Städte, von 201 bis 250 Prozent 18 Städte, **251 bis 300 Prozent 23 Städte, 301 bis 350 Prozent 5 Städte, 351 bis 390 Prozent 4 Städte.** Das Schwergewicht liegt zwischen 200 und 300 Prozent. An Zuschlägen zur Grundsteuer werden erhoben bis 200 Prozent in 19 Städten, 201 bis 250 Prozent in 26 Städten, 251 bis 300 Prozent in 8 Städten. Eine Stadt (Marienwerder) erhebt von unbebauten Grundstücken 684 Prozent = 4,2 vom Tausend des gemeinen Wertes. An Gebäudesteuerzuschlag erheben 19 Städte bis 200 Prozent, 27 Städte von 201 bis 250 Prozent, 8 Städte von 251 bis 300 Prozent. Die Zuschläge zur Gewerbesteuer betragen in 20 Städten bis 200 Prozent, in 22 Städten 201 bis 250 Prozent, in 8 Städten 251 bis 300 Prozent. Während die Zuschläge zur Einkommensteuer bis 390 Prozent (in Stuhm) ansteigen, gehen die Zuschläge zu den Realsteuern (Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer) nicht über 300 Prozent hinaus. Das ist die Wirkung des Hausbesitzerprivilegs in den Stadtverwaltungen.

Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und beschlossen, den nächsten Städtetag in Pr.-Stargard abzuhalten. Dann fuhr man hinaus zur Böeslershöhe und trank gemeinsam Kaffee. Für ein Jahr war die Arbeit wieder erledigt.

Thorn-Kulm-Briesen

Neue Landgemeinde. Die Gutsbezirke Treuhausen und Cholemitz und die Gemeinde Kl.-Czappeln im Kreise Briesen werden zu einer Landgemeinde mit dem Namen „Treuhausen" vereinigt. Die Verwirklichung dieser schon vor längerer Zeit beschlossenen Kommunaländerung hat sich durch die Verhandlungen über Regelung der Schulverhältnisse verzögert, ist aber nun bald zu erwarten.

Feuilleton

— **Vom Sargassomeer.** Das Sargassomeer wäre wohl nicht so allbekannt, wenn nicht Kolumbus auf seiner Reise nach Amerika durch diese schwimmenden Pflanzenmassen zu dem begreiflichen Irrtum verleitet worden wäre, daß er sich bereits in unmittelbarer Nähe eines Festlandes befände. Gäbe es heute noch gänzlich unerforschte Meeresräume, so würde der erste Reisende, wenn er auf eine derartige Erscheinung stieße, wohl denselben Schluß daraus ziehen. Es ist in der Tat außerordentlich, daß mitten im Weltmeer eine weite Fläche mit ungeheuren Massen von Pflanzen erfüllt ist, und das Sargassomeer hat deshalb die Wissenschaft eingehend beschäftigt, ohne daß eine übereinstimmende Erklärung bisher gewonnen wäre. Der Sargasso, nach dem der Name gewählt worden ist, stellt eine braune Meeresalge dar, die dort scheinbar im offenen Meer dauernd fortwuchert. Die Meinungsverschiedenheit bezieht sich in der Hauptsache darauf, ob diese Algen immer wieder aufs neue von einer Küstengegend fortgerissen und in dies Gebiet hineingeschwemmt werden, oder ob es sich immer um dieselben Pflanzen handelt, die dort seit ungezählten Jahrhunderten schwimmen und sich nur durch Knospung vermehren. Jedenfalls ist eine andere Fortpflanzung bisher niemals festgestellt worden. Der dänische Algenforscher Börgesen hat eine neue Untersuchung über den Sargasso abgeschlossen, und seine Ergebnisse bestätigen nach der Revue Scientifique die zweite Annahme, obgleich diese noch wundersamer erscheint. Die dort in ungeheuren Massen zusammengehäuften Algen setzen sich aus nur zwei Arten zusammen, die beide völlig verschieden von den Algen an der amerikanischen Küste sind, so daß eine Herkunft von dort schon aus diesem Grunde ausgeschlossen ist. Außerdem sind die Algen der Sargassosee in voller Lebenskraft und nicht etwa nur Fetzen und Bruchstücke, wie sie sich sonst in abgerissenem Zustand an Gestaden finden. Endlich würde es sich auch nicht erklären lassen, daß so große Mengen abgerissener Algen auf einem Bezirk der Meeresfläche zusammenkommen könnten, da sie sich auch an den Küsten gar nicht so häufig vorfinden. Sie werden dort auch im allgemeinen nicht ins Meer hinausgeführt, sondern durch die Brandung an die Küste geworfen. Wo die Algen nun eigentlich herkommen, ist also immer noch nicht entschieden. Börgesen meint, daß sie vielleicht in verhältnismäßig flachem Meer wachsen, dessen Boden den Teil eines versunkenen Festlands, vielleicht der sagenumwobenen Atlantis, darstellt.

— **Unterirdische Steinbrüche.** Bausteine werden in der Regel im Tagebau gewonnen. Aber auch unterirdische Steine sind gar nicht selten, namentlich wenn es sich um die Gewinnung wertvoller und seltener Materialien handelt. So werden im Siebengebirge am Rhein Backofensteine unterirdisch gebrochen. Ebenso wurden in den Steinkohlenbergwerken an der Ruhr früher häufig und auch jetzt noch wohl vereinzelt als Nebenprodukte Bau- und Pflastersteine und stellenweise auch Mühlsteine gewonnen und zutage gefördert. In den Kalksteinbrüchen des Bezirks Rüdersdorf bei Berlin ging man vor etwa 40 Jahren nach erfolgtem Abbau der unmittelbar an der Tagesoberfläche lagernden Kalksteine vom Tagebau zum Tiefbau über. Auch an anderen Stellen in Deutschland und in sonstigen Ländern werden Kalkstein- und Marmorlager bergmännisch durch Stollen und Schächte ausgebeutet. Dabei sind aber unterirdische Steinbrüche keineswegs eine Erfindung unserer Zeit, sondern bereits sehr alten Datums. In Griechenland findet man solche von großer Ausdehnung und hohem Alter. Bei Navurs in der Pikardie wurde ein alter 70 bis 100 Meter unter der Tagesoberfläche liegender Kalksteinbruch neuerdings wieder in Betrieb genommen, dessen Strecken eine Gesamtlänge von über 800 Meter haben und den eingemeißelten Jahreszahlen zufolge teilweise über 1000 Jahre alt sind. Noch älter sind die römischen Katakomben, welche stellenweise nichts anderes sind als alte unterirdische Steinbrüche. Dasselbe gilt für die Katakomben von Paris, welche allerdings wesentlich jünger sind. Die ältesten bekannten unterirdischen Steinbrüche sind wohl die von Turra und Maassarah in Aegypten, in denen vor 4- bis 5000 Jahren die zum Bau der dortigen Pyramiden erforderlichen Bausteine gebrochen wurden.

— **„Eure Weltdamen sind Säue!"** Kapuzinerpredigten, sittenstrenger Eiferer haben meist den Vorzug ungenierter Deutlichkeit. Man verzeiht diesen Sittlichkeitsaposteln deshalb vieles von dem, was sie sagen und schreiben, obwohl sie oft ein erschreckendes Maß von Engherzigkeit und asketischer Weltauffassung verraten. Wir verzeichnen darum auch nur als gewissenhafte Chronisten, nicht um dagegen zu polemisieren, was eine Lotte Lienert in der Kleinen Revue, einer Beilage des zentrumskatholischen Elsässer (vom 25. April 1914), mitteilt. Diese Dame bespricht an dem angebenen Ort ein französisches Buch: „Die Lebensbeichte einer Weltdame". Sie faßt ihr Urteil darüber in den Satz zusammen: „Vos femmes du monde sont des cochonnes (zu deutsch: „Eure Weltdamen sind Säue"), versicherte mir einst ein älterer Geistlicher in seiner Unterhaltung über Damenlektüre, und wer einzelne Kapitel dieses Buches überfliegt, wo das Letzte noch ungesagt bleibt, findet jenes Urteil kaum zu hart." Also: Eure Weltdamen sind Säue.

— **Sphären-Musikalisches.** Während der Kultusdebatte im Rondell der badischen Volkskammer tat sich der Minister für das musterländische Unterrichtswesen viel zugute auf seine Förderung des Gesanges durch dessen Schutz gegen die gemeingefährlichen Lieder der Sozialdemokratie. Böhm ist der musikalisch klingende Name des neuen Herrn, der dem Sprichworte nicht allgemein beipflichtet: wo man singt, da laß dich ruhig nieder; böse Menschen haben keine Lieder.

Um die Sozialdemokratie ihrer berufenen Gesangertüchtiger zu berauben, verbot Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Böhm den Volksschullehrern, denen es der frühere Minister aus Gründen der Sozialistenbekämpfung gestattet hatte, das Dirigieren der Gesangvereine freier Arbeiterschaften. Das kam den roten Arbeitern im badischen Lande ganz böhmisch vor. Wo soll nun künftig der Arbeitersänger zur Ausbildung seiner Stimmbänder in die Schule gehen?

Die erste Antwort auf diese Frage erteilte ein Hirte, der in Baden seine Herde weidet. Am letzten Montag verweilte der Erzbischof Dr. Nörber von Freiburg in der internationalen Bäderstadt Baden-Baden, wo ihm vom katholischen Kirchengesangverein ein Ständchen im Pfarrhause dargebracht wurde. Der Erzbischof erfreute die zäzilianischen Sänger mit einer Dankrede. Nach dem Zentrumsblatt Badische Volkszeitung vom 13. Mai sagte der Erzbischof zu dem Sängerchor: „Es sei eigentlich selbstverständlich, daß jedermann, der eine schöne Stimme besitzt, dieselbe für die Ehre Gottes in der Kirche zur Verfügung stellt, nicht so selbstverständlich und darum großer Anerkennung wert sei der unausgesetzte Besuch der Proben. Sicherlich aber werde ein treuer und braver Kirchensänger **im Himmel für sein irdisches Singen einen besonderen Lohn erhalten.** Ueberall in der heiligen Schrift, wo vom Himmel die Rede sei, geschähe auch des Gesanges Erwähnung. Die vielen christlichen Sänger werden nach ihrem Einzug in den Himmel **mit den Gesängen der Engel sich vereinigen.** Die vielen Dirigenten aber, deren in der heiligen Schrift keine besondere Erwähnung geschehe, dürften wohl dann **einem Erzengel die Leitung ihrer Chöre anvertrauen."** Se. Exzellenz erteilte hierauf den Anwesenden den hohenpriesterlichen Segen.

Ist diese Auffassung richtig, so verlieren die Dirigenten der Kirchenchöre im Himmel ihre Beschäftigung. Die Leiter der roten Arbeitervereine haben aber keine Konkurrenz der Erzengel zu befürchten.

Wegen Diebstahls verurteilte die Strafkammer in **Thorn** den 13jährigen Schüler Otto Marczinski zu **einem Monat Gefängnis.** Der Junge hatte in zwei Fällen Kindern Geldbeträge in Höhe von 40 Pfennigen mit Gewalt fortgenommen. **Einem** andern Jungen hatte er Geld zählen helfen. Sobald er das Geld in Händen hatte, war er dann ausgerückt.

---

9. Deutscher Gewerkschaftskongreß

(Vierter Verhandlungstag.)

C. B. **München,** 25. Juni.

Unter dem Vorsitz von Schlicke wird die Debatte über die Grenzstreitigkeiten zunächst von Schmidt-Berlin (Töpfer) und Lange-Dresden (Buchbinder) fortgesetzt. Sillle-Hannover (Fabrikarbeiter): Das Regulativ verletzt für die Industrieverbände der Ungelernten die Rechtsgleichheit. Wie kann man erwarten, daß durch Schiedssprüche, die den einen Teil niederzwingen, das innere Band gestärkt werden wird. Das Schiedsgericht hat die Haut des Bären verteilt, ohne daß der Bär dabei war. (Große Heiterkeit.) — Leipart: Es handelt sich nicht darum, daß in einzelnen Betrieben, in denen der Fabrikarbeiterverband sonst zuständig sein soll, bloß der eine oder andere gelernte Arbeiter beschäftigt ist, sondern wir haben große, sich immer mehr entwickelnde Betriebe, wie die Werften, Waggonfabriken, Bauunternehmungen usw., in denen nicht nur einige gelernte Arbeiter, sondern große, gesonderte Betriebsabteilungen dieser Arbeiter vorhanden sind, die alle unter einem Betriebsunternehmer stehen. Sollen nun alle diese Arbeiter in den Bauarbeiterverband oder irgend einen der andern entsprechenden Verbände übergeführt werden? Der Buchdruckerverband konnte bisher alle seine Aufgaben im Interesse der Buchdrucker erfüllen, obwohl ihm nicht einmal die Hilfsarbeiter des eigenen Betriebs angehören. (Sehr richtig!) Sollen in Zukunft die Hilfsarbeiter und die Buchdrucker, und was sonst noch in Großdruckereien beschäftigt ist, in den Buchdruckerverband hinein? Die vorgeschrittenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der kleinen Gruppen gelernter Arbeiter waren für die ungelernten immer ein Ansporn, dasselbe zu erreichen. Die Nachteile, die in der getrennten Organisation liegen, werden mindestens wieder aufgehoben durch die Vorteile, die darin liegen, daß sich die gelernten Arbeiter darauf berufen können, daß dort, wo sie den Hauptbestandteil der Arbeitskräfte bilden, die Arbeitsbedingungen bessere sind als in den Großbetrieben, wo sie nur eine kleine Spezialgruppe bilden. Es ist zu beachten, daß neben den gemeinsamen Interessen der Arbeiter eines Betriebes immer noch das gemeinsame Interesse der Arbeiter eines Berufes steht. Ich bin das Karnickel, das, der Eingebung des Augenblicks folgend, ein Schiedsgericht vorschlug, und ich halte diesen Vorschlag auch heute noch aufrecht. Die Vorwürfe der Transportarbeiter gegen die Schiedsrichter muß ich zurückweisen. Außerdem ist der Schiedsspruch einmütig gefällt worden. (Hört, hört!) Damit entfällt ein großer Teil der Vorwürfe. Das Schiedsgericht hat festgestellt, daß die Bierfahrer nicht Kutscher im gewöhnlichen Sinne des Wortes sind. (Lachen bei den Transportarbeitern.) Nun hat ja das Schiedsgericht allerdings seinen Spruch nicht begründet. Wir hätten das ja machen können, aber natürlich nicht gründlich, denn das wäre eine kleine Bibel geworden. (Heiterkeit.) Wohl aber hätten wir die beiden Parteien noch einmal zusammenrufen und den Schiedsspruch mündlich begründen sollen. (Zuruf: Etwas habt Ihr also schon gelernt!) Zum Teil ist ja die Entscheidung des Schiedsgerichts im Schiedsspruch selber motiviert worden. Der Schiedsspruch ist übrigens auch nicht aus Mitleid mit dem Brauereiarbeiterverband gefällt worden, weil er hätte zugrunde gehen müssen, wenn ihm nicht die Bierfahrer zugewiesen würden. Mit solchen Bemerkungen will man nur den Schiedsrichtern eins versetzen. Gegen den schweren Vorwurf, daß das Schiedsgericht geltende Rechtsgrundsätze verletzt habe, kann ich nicht ausführlich polemisieren. Schiedssprüche sind eben stets Kompromisse und können nichts anderes sein. Auch beim Abschluß von Kartellverträgen ereignet es sich ja oft genug, daß von früher aufgestellten Grundsätzen ein ganz klein wenig abgefeilt werden muß. Schumann gegenüber muß ich den Vorwurf zurückweisen, daß dem Transportarbeiterverband und Fabrikarbeiterverband gegenüber eine vorgefaßte Meinung der Gewerkschaften vorgelegen hat. (Zustimmung und Widerspruch.) Eine Mißstimmung ihnen gegenüber besteht allerdings wegen der vielen Grenzstreitigkeiten, aber nie über den einzelnen Anlaß hinaus. Diese beiden Verbände sollen uns aber auch die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu ihnen nicht unnötig erschweren, wie es durch die Aufnahme des Schiedsspruches geschehen ist, wir wünschen auch in Zukunft, in Harmonie und Freundschaft mit dem Transportarbeiterverband leben und arbeiten zu können. — Paul Müller I-Berlin (Transportarbeiterverband) erklärt, daß seinem Verband persönliche Angriffe auf die Schiedsrichter fernliegen. (Lachen.) Wir werden ja sehen, wie in Zukunft ähnliche Schiedssprüche, die ja kommen werden, von solchen Verbänden aufgenommen werden, die sich jetzt über unsere Angriffe entrüsten. Der Schiedsspruch ist und bleibt ein Fehlspruch. Es ist nicht unsere Absicht, das gemeinsame Band um die deutschen Gewerkschaften zu zerreißen. Wir wollen nur die Anerkennung eines gemeinsamen gleichen Rechtes für alle, und wir erwarten deshalb, daß dieser Kongreß Mittel und Wege finden wird, um über den Schiedsspruch hinaus das gleiche und gemeinsame Recht in Kraft zu setzen, gegen das der Schiedsspruch verstößt. Lehnt das der Kongreß ab, so trägt er für alle Folgen die Verantwortung. (Zustimmung bei den Transportarbeitern, lebhafte Oho-Rufe.) — Brey-Hannover (Fabrikarbeiter): Man kann doch Gewerkschaftsmitglieder nicht behandeln, wie ehemals die Fürsten ihre Landeskinder. Darüber hinaus haben wir das Recht in Anspruch zu nehmen, daß die Organisations- und Agitationstätigkeit von uns mit dem befreundeten Verband zusammen betrieben werde. Für organisatorische Fragen ist allein entscheidend, wohin der Kurs und die Entwicklung geht, und diese steuert zur Betriebsorganisation. Mit der Behauptung, daß es unmöglich sei, mit uns zu einer Verständigung zu kommen, zweifelt man an unserer Friedensliebe und Vertragstreue, die wir doch durch Dutzende von Kartellverträgen bewiesen haben. (Zuruf: Ihr habt sie aber nicht eingehalten!) Diesen Zuruf weise ich als unzutreffend zurück. — Hegemann-Hamburg (Fabrikarbeiter) warnt vor Annahme der Vorlage, weil ihre Folge in manchen Orten eine verärgerte Kollegenschaft sein würde. Ein Schlußantrag wird angenommen. Nach persönlichen Bemerkungen folgt das Schlußwort von

Legien: Es liegt durchaus nicht der geringste Grund vor, an der Berufsorganisation als der Grundlage der Gewerkschaften zu rütteln. Schwierigkeiten müssen wir auszugleichen suchen. Nicht zweierlei Recht besteht, sondern es geschieht leider vielfach, daß nicht die Zentralleitungen, wohl aber einzelne Funktionäre dieser Verbände Organisationsgebiete für sich in Anspruch nehmen, die ihnen nicht zustehen. An sich kann es ja uns egal sein, ob die eine oder andere Arbeiterkategorie hierhin oder dorthin gehört, entscheidend ist aber, alle Organisationen möglichst schlagfertig zu machen. Die Gemeindebetriebe zwingen uns gerade, daß wir heute unmöglich zur Betriebsorganisation übergehen können, denn sonst würde ja der Gemeindearbeiterverband fast alle Berufe, von den Gas- und Elektrizitätsarbeitern an bis zu den Straßenkehrern (Zuruf: Und die Schutzleute!) zugewiesen erhalten. Man muß immer die Tragweite dieser Vorschläge im Auge behalten. Um die Organisationszugehörigkeit der Bierfahrer ist vierzehn Jahre gestritten worden, und es blieb gar kein anderer Weg übrig als der, der gegangen wurde. Ich habe mich von allen Angriffen gegen den Transportarbeiterverband ferngehalten. Die Differenzen zwischen den einzelnen Verbänden haben sich als viel größer herausgestellt, als wir bisher annahmen, und darum war diese Aussprache sehr gut, weil sie zeigt, daß wir zu einer Einigung kommen müssen. Hierzu bleibt nur der Weg des Schiedsgerichts. Ich bemerke nochmals, daß die Schiedssprüche immer nur ein jeweiliges Streitobjekt aus der Welt schaffen sollen. Der Antrag 23, der ausspricht, daß die grundsätzlichen Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse durch die Schiedsgerichte nicht verletzt werden dürfen, kann ja eigentlich von niemandem abgelehnt werden. Durch seine Annahme wird aber keinesfalls ausgesprochen, daß die Entscheidung des ersten Schiedsgerichts den Hamburger Kongreßbeschlüssen widerspreche. Nehmen Sie das Regulativ über die Grenzstreitigkeiten unverändert an und lehnen Sie alle Abänderungsanträge ab. — Reichel (Metallarbeiter) beantragt, die Abstimmung zu vertagen, weil den einzelnen Organisationen noch Gelegenheit zur Sonderberatung gegeben werden müsse. Die Vertagung der Abstimmung auf morgen wird beschlossen.

Abschnitt C des Regulativs, betreffend die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen, wird, nachdem Legien die unveränderte Annahme empfohlen hat, nach kurzer Debatte angenommen. Abschnitt D behandelt die Gewerkschaftskartelle. Ritter-Berlin (Schneider) führt aus, daß einzelne kleinere Kartelle gelegentlich das Ansuchen auf Verhängung eines Reichsboykotts stellten, der natürlich sehr schwer durchgeführt werden kann. Hierfür müßte die Zustimmung der Generalkommission gefordert werden. — Hille-Magdeburg (Landarbeiter) bittet, die kleineren Kartelle dringend um lebhaftere Unterstützung des Verbandes der Landarbeiter, die in Anbetracht des lebhaften Kampfes der Gegner dringend erforderlich sei, besonders dort, wo Landwirtschaft getrieben werde. — Bauer (Generalkommission) schließt sich diesem Wunsche an. Die Hamburger Resolution über den Boykott schreibt ausdrücklich vor, daß, wenn ein Boykott über ganze Landstriche und Provinzen verhängt werden soll, vor Ausbruch des Kampfes eine Verständigung mit den Zentralleitungen der besonders beteiligten Gewerkschaften erforderlich sei. Diese Verständigung muß über die Generalkommission als Vermittlungsstelle für die einzelnen Organisationen gehen, so daß Ritters Anregungen schon Genüge getan ist. Vielfach ergehen allerdings Boykottbeschlüsse seitens einzelner Kartelle, ohne daß man sich an diese Resolution gekehrt hat. Ueberhaupt empfiehlt es sich, etwas zurückhaltender mit der Verhängung des Boykotts zu sein, weil er bei zu häufiger Anwendung seine Wirkung verliert; ein Boykott ist nur dann angebracht, wenn Lebensinteressen der Gewerkschaften in Frage kommen. (Lebhafte Zustimmung.) — Absatz D des Regulativs wird einstimmig angenommen.

Die „Volksfürsorge".

Bauer gibt als Referent eine Uebersicht über die Entwicklungsgeschichte der „Volksfürsorge". Dieses gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unternehmen hat die Volksversicherung ihres kapitalistischen Charakters entkleidet und in ein gemeinnütziges Unternehmen verwandelt. Sie hat die Volksversicherung zum ersten Male auf eine gesunde Grundlage gestellt, und diese bedeutsame soziale Tat kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Sie führt den praktischen Nachweis, daß der kapitalistische Unternehmer vollkommen überflüssig ist, ebenso überflüssig wie die dividendenschluckenden Aktionäre. Sie führt den Beweis, wie in der Praxis die kapitalistische Wirtschaftsmethode in die sozialistische umgewandelt werden kann, aber dieser Beweis bedroht den dreimal heiligen Profit. Die Vorgänge bei der Gründung der „Deutschen Volksversicherung", wie sie Genosse Scheidemann im Reichstag geschildert hat, beweisen, daß wir in Wirklichkeit keine über den Klassen und Parteien stehende Regierung haben. (Lebhafte Zustimmung.) An der Gründung dieser Volksversicherung A.-G. sind überwiegend private Lebensversicherungsgesellschaften beteiligt, daneben die christlichen Gewerkschaften usw. Auch die Erligeischen Konsumvereine haben sich dem „nationalen" Versicherungsunternehmen angeschlossen. Ein ganzer Heerbann ist gegen das Unternehmen der Arbeiter aufgeboten worden. Von den über 1300 Stimmen besitzen die christlich-nationalen usw. Organisationen ganze 47. Das ist die vielgerühmte demokratische Einrichtung, von der die Gegner unseres Versicherungsunternehmens so oft sprechen. Nicht um die Unbemittelten vor Ausbeutung zu schützen, sondern um das eigene Werk der Arbeiter zu bekämpfen, das ist, wie es Staatssekretär Dr. Delbrück mit dürren Worten ausgesprochen hat, der Zweck dieses Unternehmens. Haß gegen die „Volksfürsorge" und Furcht vor ihr waren die Motive. (Sehr richtig!) Bei der „Volksfürsorge" sind in der Berichtsperiode bis zum Ende des Jahres 1913 74 644 Versicherungsverträge mit einem Gesamtbetrag von 13,2 Millionen Mark abgeschlossen worden, bei den Konkurrenzunternehmungen, also der Deutschen Volksversicherungs-A.-G. und der Oeffentlich-rechtlichen Versicherung, im ganzen 24 000 Mark. Die Zahl der Anträge ist in diesem Jahre bei der „Volksfürsorge" auf 140 000 gestiegen. (Lebhafter Beifall.) Nichtsdestoweniger bleibt noch viel Arbeit übrig, denn die Zunahme der Aufnahmen bei der „Viktoria" ist sicherlich auch noch durch eine große Zahl von Gewerkschaftlern herbeigeführt worden. Auf das Repertoire jedes Gewerkschaftskongresses gehört die „Volksfürsorge"! Die Gelder der „Volksfürsorge" sollen in erster Linie verwertet werden zur Förderung des gemeinnützigen genossenschaftlichen Volkswohnungsbaues. Als Versuche der Herrschenden, uns von dem Wege unserer praktischen Gegenwartsarbeit, der positiven Kulturarbeit abzubringen, werden vergeblich sein. (Lebhafter Beifall.) — Zu einem Antrage, der bei der „Volksfürsorge" die Einführung der Feuerversicherung wünscht, bemerkt Lesche-Hamburg, Vertreter der „Volksfürsorge", daß dies aus gesetzlichen Gründen nicht durchführbar sei, und daß die Feuerversicherung ja bereits durch den Zentralverband deutscher Konsumvereine vermittelt werde.

Ueber die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes referiert Brey-Hannover: Die bei der Schaffung des Reichsvereinsgesetzes gegebenen Versprechungen sind schmählich gebrochen worden. Die alten Polizeischikanen und Mißgriffe sind immer noch im Schwange. Trotz der ursprünglichen gegenteiligen Versicherungen, die Bethmann Hollweg als Staatssekretär des Inneren machte, werden die Gewerkschaften fortgesetzt belästigt. Das neueste Produkt, die Politischerklärung der Gewerkschaften, entbehrt jeder gesetzlichen Handhabe. Angesichts der verfehlten Urteile und ihrer merkwürdigen Begründungen kann auch nicht mehr von bloßer „Weltfremdheit" der Richter gesprochen werden. Was ein „politischer Verein" ist, muß das Gesetz festlegen und darf nicht der Spekulation weiser und gerechter Richter überlassen bleiben. Der Mißbrauch mit dem Worte Bömelburgs: „Partei und Gewerkschaften sind eins", sollte endlich einmal aufhören. Niemals sollte damit gesagt sein, daß Partei und Gewerkschaft in ihren Zwecken und Zielen eins seien. Diese Vermengung von Gewerkschaftsarbeit mit politischen Parteibestrebungen kann man mit viel größerem Recht den anderen Gewerkschaftsrichtungen vorwerfen. Wenn den Hirsch-Dunkerschen das Reichsvereinsgesetz nicht gefällt, so sollten sie ganz energisch bei ihren fortschrittlichen Freunden im Parlament auf Abänderung drängen. Was ist das Ergebnis aller dieser Nachforschungen bei den Gewerkschaften nach politischer Betätigung gewesen? Nichts hat man gefunden, als ein paar Wahlartikel alle fünf Jahre unter unzähligen sozialpolitischen, belehrenden und Fachartikeln und als ebenso „viele" Wahlhinweise in einzelnen Zeitungen. Die Politischerklärung hat keinen Rechtsgrund, und stellt den Arbeiter unter ein Ausnahmegesetz. Ihr Zweck ist, den Gewerkschaften die jugendlichen Arbeiter zu entführen, die Schutzbedürftigsten aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Demgegenüber ist unsere Forderung: Freies ungehindertes Koalitionsrecht. Ich bitte Sie, meine Resolution anzunehmen und hinter sie eiserne Energie zu setzen zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation. (Stürmischer Beifall.) — Die Resolution erklärt ein freies, uneingeschränktes, gegen Eingriffe aller Art geschütztes Vereins- und Versammlungsrecht als die notwendige Grundlage für eine ersprießliche gewerkschaftliche Tätigkeit und lehnt jede Einschränkung, Verweigerung oder Erschwerung des Vereins- oder Versammlungsrechtes als Stärkung des Unternehmertums ab. Sie fährt dann fort: Der Kongreß ist der Auffassung, daß nur durch eine Aenderung des Vereinsgesetzes die Grundlage freien und gleichen Rechtes für alle geschaffen werden kann. Zur Erreichung dieses Zieles ist es notwendig, daß jeder polizeiliche Eingriff in das Vereins- und Versammlungsrecht durch alle zulässigen Rechtsmittel bekämpft wird." Schließlich wird die Generalkommission beauftragt, die Handhabung des Vereinsgesetzes aufmerksam zu verfolgen und das gesammelte Material entsprechend zu verwerten. — Husemann-Bochum (Bergarbeiter) verweist auf die Schwierigkeiten, die seiner Organisation durch die Handhabung des Vereinsgesetzes bereitet würden, und führt diese auf das Eintreten seines Verbandes für die schlechtbezahlten und arg bedrückten fiskalischen Bergarbeiter zurück. — Cohen-Berlin (Metallarbeiter) äußert sich ausführlich über die Politischerklärung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die in der später gegebenen Begründung auf „Sünden" des Holzarbeiterverbandes zurückgeführt werde. — Vorsitzender Leipart: Cohen kann auch ruhig die Verantwortung für die angeblichen Sünden des Holzarbeiterverbandes übernehmen, denn wir hoffen, in dem bevorstehenden Prozeß gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten feststellen zu können, daß auch seine Behauptungen über den Holzarbeiterverband haltlos sind. — **Die Resolution Brey wird einstimmig angenommen.** — Die Vorlage über die künftige Zusammensetzung der Generalkommission wird angenommen.

Zu dem Referate Arbeitswilligenschutz und Unternehmerterrorismus begründet Referent Schlicke, der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Resolution, durch die der Kongreß gegenüber den zahlreichen Rufen nach einem verstärkten Arbeitswilligenschutz ein Eingreifen der Gesetzgebung sowie der Regierungen und Polizeibehörden im Sinne der vom Unternehmertum gestellten Forderungen mit Entrüstung zurückweist, dem gegenüber Ausbau des Koalitionsrechts durch: Ausdehnung desselben auf alle Arbeiter ohne Rücksicht auf die Art ihres Beschäftigungs- oder Dienstverhältnisses usw. fordert und gegen die heutige Rechtsprechung an Streiks und Aussperrungen beteiligten Arbeiter gegenüber gegen das gegen Streikvergehen allgemein angewandte Strafmaß und gegen die höhere Bewertung des Zeugnisses Arbeitswilliger gegenüber dem von Streikenden und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern protestiert. Zur Begründung führt der Referent aus: man quält sich jetzt Tag und Nacht mit der Umwandlung des Begriffes „Terrorismus". Nach den neuesten Auslegungen müßten alle Satzungen und Beschlüsse der Gewerkschaften Terrorismus sein. Wie die Arbeitswilligen heute schon geschützt sind, das bedarf keiner weiteren Ausführung, und darüber werden unausgesetzt neue Beweise beigebracht. Die Arbeiter verlangen nichts anderes, als Solidarität zu pflegen, wie das auch die Aerzte und Offiziere für sich verlangen. Wenn die Unternehmer solche kleinen Streitereien den Gewerkschaften zur Last legen, so ist das aus ihrem Bestreben, die Gewerkschaften zu diskreditieren, zu erklären. Das Erstarken der Gewerkschaften hat die Zahl der Organisierten und damit das Rekrutierungsgebiet Arbeitswilliger verkleinert. Die sich in ihrer Machtstellung bedroht fühlenden Unternehmer sehen sich nach Hilfe um und fordern nun die Verfolgung der Gewerkschaften. Man verlangt zunächst auf der Unternehmerseite ein Verbot des Streikpostenstehens und hat auch sonst noch allerlei Wünsche an die Gesetzgebung. Alles was die Gewerkschaften tun, soll Terrorismus sein. Zum Verfechter aller dieser Wünsche hat sich das „Kartell der schaffenden Stände" aufgeworfen. Dabei wissen die Unternehmer selbst sehr gut, daß es gar keinen Gewerkschaftsterrorismus gibt, sondern nur Entgleisungen einzelner Personen, die von den Gewerkschaften nicht gebilligt werden, und bei denen die Gewerkschaften den Rechtsschutz versagen, wenn solche Vergehen festgestellt werden. Dabei gibt es keinen schlimmeren Terrorismus als den, den die Unternehmer selber ausüben. Die Syndikate und Kartelle schließen mit den einzelnen Mitgliedern Verträge, in denen die Strafen, Kautionen usw. ausgemacht sind. Auch ihren Arbeitern gegenüber genieren sie sich garnicht, einen maßlosen Terrorismus auszuüben, indem sie ihre Arbeiter in ihnen genehme Vereinigungen hineinzupressen suchen. Der Unternehmerterrorismus ist schier unerschöpflich in immer neuen Erfindungen. Aber es hat doch immer der alte Satz Geltung: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe! Arbeitswillige, die sich Verfehlungen Streikenden gegenüber zuschulden kommen lassen, werden milde bestraft. Für Streikende heißt es aber: Der Jude wird verbrannt! Darin liegt System. Der Schutz der Unternehmer durch Verschärfung der Gesetzgebung ist vollkommen überflüssig, viel eher kann man von der Notwendigkeit eines Schutzes der Streikenden sprechen. Wir können aber die Resolution nicht annehmen, ohne einen Satz, indem wir darauf hinweisen, daß heute in erschreckendem Maße die Judikatur allem Rechtsempfinden weiter Kreise unseres Volkes ins Gesicht schlägt. Ich bitte Sie, unserer Resolution zuzustimmen.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Gerichtliches

— Zum Kapitel Soldatenmißhandlungen. Vor dem Kriegsgericht der 29. Division in Freiburg i. B. hatten sich eine Anzahl Soldaten der 11. Kompagnie des in Freiburg garnisonierenden Infanterieregiments Nr. 113 wegen schwerer Mißhandlung des Musketiers Rotzinger zu verantworten. Rotzinger wurde von den Rohlingen nachts im Bett überfallen und so übel zugerichtet, daß er mehrere Wochen krank im Lazarett darniederlag. Das Kriegsgericht verurteilte zwei beteiligte Gefreite zu vier und drei Wochen Mittelarrest, ferner erhielten zwei Musketiere je drei Wochen und zwei je 14 Tage Mittelarrest. Der Anklagevertreter hatte bis zu zwei Monaten Festungshaft beantragt; da ihm die ausgesprochenen Strafen zu niedrig waren, hat er Berufung an das Oberkriegsgericht eingelegt.

— Justizblüten. Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes wurde vom Schöffengericht Belgern (Kreis Torgau) der Vertrauensmann der Mitgliedschaft Staritz des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität" zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er es unterlassen hatte, den „politischen Verein" und eine Mitgliederversammlung anzumelden sowie die Statuten einzureichen. Die Beweisaufnahme ergab nicht das geringste für die Behauptung, der Verein sei politisch. Der Amtsrichter begründete das Urteil wie folgt: Daß der Radfahrerbund und somit auch die Mitgliedschaft Staritz politisch sei, ginge ja schon unzweifelhaft aus dem Statut hervor. Danach bezwecke der Bund neben Hebung des Radfahrens in Arbeiterkreisen die Bildung und Belehrung seiner Mitglieder. Das habe aber mit dem Radfahren nichts zu tun und es müßte damit ein Nebenzweck verfolgt werden. Dieser könne nur sein, den Mitgliedern die sozialdemokratische Weltanschauung einzuimpfen! Nach dem Statut könne ferner nicht in den Bund aufgenommen werden, wer „gegen die Interessen der Gesamtarbeiterschaft handelt". Das besage, daß andere Parteiangehörige, z. B. ein Konservativer, der doch nicht im Interesse der Arbeiterschaft (Sieh, sieh!) handle, konsequenterweise auch nicht Mitglied werden könne.

— Das staatsgefährliche Ballspiel in Schöppenstedt. Der Bürgermeister des braunschweigischen Städtchens Schöppenstedt sorgt für den Ruhm dieses Städtchens. Er scheint es ganz besonders auf die Arbeiterjugend abgesehen zu haben, denn schon ehe sie gegründet wurde, zog er gegen sie zu Felde. Dann wurden die Zusammenkünfte polizeilich überwacht. Als dies alles nichts half, hielt der Bürgermeister den Fortbildungsschülern eine mächtige Standpauke, warnte vor dem „Gift" der Sozialdemokratie und verbot unter Strafandrohung die fernere Beteiligung an den Veranstaltungen der Arbeiterjugend. Der Erfolg dieser Rede war, daß sich am folgenden Sonntag die doppelte Anzahl von Jugendlichen an dem Ballspiel beteiligte. Nun erhielten 16 der Teilnehmer Strafbefehle über je 3 Mark wegen Vergehens gegen die Schulordnung, die den Schülern die „Teilnahme an staatsgefährlichen Bestrebungen" verbietet. Das Schöffengericht, das sich mit diesen Strafbefehlen zu beschäftigen hatte, kam zu keiner Entscheidung, da es sich herausstellte, daß die Schulordnung noch nicht die Genehmigung der Staatsbehörde erhalten hatte. Die Angeklagten mußten deshalb freigesprochen werden. — Was wird nun der Bürgermeister von Schöppenstedt anfangen?

— **Wegen der Nichtbeteiligung an einer Reichstagswählerversammlung** kamen in Kalzig bei Schwerin zwei landwirtschaftliche Arbeiter in Streit, während dessen Verlauf der polnische Arbeiter Stamczynski den Arbeiter Urban mit einer Mistgabel erschlug. Das Schwurgericht in Meseritz verurteilte den Totschläger wegen Körperverletzung mit tödlichem Erfolg zu drei Jahren Gefängnis.

Aus der Partei

— **Die Hosen des Herrn von Bredow.** „Ich tadle nicht die Köckeritze, die Lüderitze, keinen von ihnen allen, aber sie schlagen zu plump und grob darauf. Warum auf der Straße liegen und den ersten besten werfen. Das gibt immer Geschrei und böses Blut Preßt doch ein wenig euer Hirn, schlagt eure alten Pergamente nach, Verträge, Urkunden, Schenkungen, Gewohnheiten. Darauf trotzt! Mit Art und Manier zugegriffen, daß sie euch nicht Strauchdiebe und Wegelagerer schelten dürfen. Himmel und Hölle, hast du nicht ein Recht, oder wenn du nicht, hatten's deine Väter nicht? Haben sie's nicht einmal geübt, daß der Krämer dort seine Waren auslud, daß er in jenem Kruge trinken mußte, daß der Schiffer dort anlegte, daß die Wallfahrer da singen mußten? Strengtet ihr alle, strengtet ihr alle euern Grips an, da kämen Rechte zusammen wie Sand am Meere, und zweifelt ihr daran, daß sie übertreten werden? Da zugeschlagen, da euch in Besitz gesetzt, und wenn die Kerle schreien, wir wieder! Wenn der ganze Adel zugleich den Mund auftäte, was müßte das für ein Geschrei geben. Wenn ihr klug wärt, nähmt ihr Pfaffen, Gelehrte dazu — es gibt überall solche Gesellen von der Feder, die euch für eine Bratwurst aus dem verräucherten Pergament beweisen, was ihr bewiesen haben wollt."

Wenn man diese Worte liest, könnte man meinen, sie stammen aus dem Munde eines der jetzt noch lebenden Edelsten der Nation, denn genau nach dem angegebenen Rezept wird ja auch heute nicht allezu selten verfahren. Die Worte stammen aber aus dem bekannten Roman „Die Hosen des Herrn von Bredow", in dem in prächtigen Strichen die Raubritterzeit beschrieben wird und der durch den Abdruck in der vom Vorwärts-Verlag herausgegebenen Zeitschrift „In freien Stunden" wieder neuem Interesse begegnet. Alle, die den prächtigen Roman von Willibald Alexis noch nicht kennen, sollten es nicht versäumen, die „Freien Stunden", in denen der Roman auch noch von Künstlerhand gut illustriert ist, zu abonnieren. Aber auch diejenigen, die den Roman schon gelesen haben, werden sich gern noch einmal an der Lektüre erfreuen. Neben dem Hauptroman ist auch der weitere Inhalt der Zehnpfennigshefte lehrreich und interessant. Zunächst gelangt eine Novelle von Björnstjerne Björnson „Der Brautmarsch" zum Abdruck. Der Novelle folgt der Roman „Semper der Jüngling" von Otto Ernst. Des weiteren bringt jedes Heft populäre Abhandlungen aus den verschiedensten Wissensgebieten, sowie eine humoristische Ecke. Die Zeitschrift „In freien Stunden" ist durch alle Parteizeitungen, sowie Kolporteure, Buchhandlungen und Postanstalten zum Preise von 10 Pf. pro Woche zu beziehen.

Soziales

— **Lohnrückgänge im preußischen Bergbau.** Nach der amtlichen Lohnstatistik sind im preußischen Bergbau die Bergarbeiterlöhne auch im ersten Vierteljahr 1914 weiter erheblich gesunken. Im dritten Vierteljahr 1913 hatten die Bergarbeiterlöhne in fast allen preußischen Bergrevieren den Höchststand erreicht. Seitdem gestaltete sich die Zahl der Gesamtbelegschaft, die Gesamtlohnsumme, sowie der Vierteljahrslohn pro Arbeiter wie folgt:

	Gesamtbelegschaft	Gesamtlohnsumme	Vierteljahrslohn pro Arbeiter
3. Viertel 1913:	724 766	288 279 530 M	398 M
4. Viertel 1913:	754 511	279 390 305 M	370 M
1. Viertel 1914:	772 609	275 828 088 M	357 M

Die Zahl der Gesamtbelegschaft ist also gegen das 3. Viertel 1913 noch um 48 843 gestiegen, dagegen ist die Gesamtlohnsumme um 12 451 442 Mark, der Vierteljahrslohn pro Arbeiter um 41 Mark gesunken. Die Zahl der verfahrenen Schichten ist ebenfalls zurückgegangen. Wären Durchschnittslohn und Schichtenzahl auf der Höhe geblieben, die sie im 3. Viertel 1913 erreicht hatten, dann mußte entsprechend der höheren Belegschaft die Gesamtlohnsumme betragen:

4. Viertel 1913: 300 516 040 M statt 279 390 305 M
1. Viertel 1914: 307 498 382 M statt 275 828 088 M

Der durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl entstandene Gesamtlohnverlust betrug mithin:

4. Viertel 1913: 21 125 735 M
1. Viertel 1914: 31 670 294 M

Summa: 52 796 029 M

Davon entfallen allein auf den Ruhrbergbau:

4. Viertel 1913: 15 253 621 M
1. Viertel 1914: 24 710 915 M

Summa: 39 964 536 M

Von der 772 609 Personen zählenden Gesamtbelegschaft entfallen auf den Ruhrbergbau 407 512 oder 52,8 Prozent; von dem Gesamtlohnverlust von 52 796 029 Mark entfallen aber auf den Ruhrbergbau 39 964 536 Mark oder 75,7 Prozent. Wo also das stärkste Syndikat Deutschlands ist und die Grubenkapitalisten die märchenhaftesten Gewinne einheimsen, und besonders während der letzten Hochkonjunktur eingeheimst haben, sind die Lohnrückgänge weitaus am stärksten.

Frauenfrage und Menschenökonomie

Sparsamkeit mit den Dingen, Sparsamkeit mit dem Geld! Das war der Ruf der alten Welt. Sparsamkeit mit den Menschen! Das ist der Ruf der neuen Zeit, ihn erhebt auch Rudolf Goldscheid in einer Broschüre: Frauenfrage und Menschenökonomie, die im Wiener Anzengruber-Verlag der Brüder Suschitzky erschienen ist. Genossin Dr. Jenny Adler-Herzmark empfiehlt diese Schrift in der Arbeiter-Zeitung allen Genossinnen mit folgender Einführung:

Nur ein Mann, der einen wahrhaft sozialen Standpunkt einnimmt, kann auf einer Höhe stehen, von der aus die Entwicklung der Menschheit, die Bestrebungen der Individuen und Gruppen, seien sie welchen Geschlechts immer, so klar und tief sichtbar werden wie in der vorliegenden Broschüre. Wie Goldscheid, der bekannte Biologe und Soziologe, die Frauenfrage betrachtet, wird sie zur Menschheitsfrage und sein Begriff der Menschenökonomie führt in erster Linie zur Frauenökonomie. Zum erstenmal ist hier in klaren biologischen und soziologischen Gedankengängen die Frauenfrage in der Gegenwart und Zukunft so herausgearbeitet, wie sie in der Deutlichkeit ihrer Forderungen, in der Strenge ihrer Folgerungen auch im sozialistischen Denken bisher nicht erfaßt war.

Einen wie eminent wissenschaftlichen Standpunkt der Verfasser einnimmt, erhellt daraus, daß er den Kampf der Frau um Menschenrechte von vornherein nicht als Auflehnung wider „ihre Natur" ansieht, sondern als Folge der veränderten ökonomischen Verhältnisse und als Folge davon, daß die Frau gerade durch diese ökonomischen Verhältnisse zum Bewußtsein ihrer Lage, ihrer gesellschaftlichen Leistung gelangt ist.

Die Frauen verlangen Rechte, das Stimmrecht, das Recht der freien Berufswahl usw. Man hält ihnen entgegen, daß sie bis jetzt zu wenig produktive Genies aufzuweisen haben, zu wenig geistige Leistungen überhaupt, darauf erwidert Goldscheid: „Rechte sind nicht das Aequivalent (ausgleichende Gegengabe) von geistigen Leistungen, sondern von Leistungen überhaupt, sie sind damit zugleich das Aequivalent von Bedürfnissen, von Erfordernissen und von der Kraft und Zähigkeit, mit welcher diese sich geltend zu machen wissen, also das Aequivalent von Machtpositionen."

Es kann ja von niemandem bestritten werden, daß die Zahl der ins Erwerbsleben eintretenden verheirateten und ledigen Frauen stets zunimmt und daß schon 1907 in Deutschland 44 Prozent, in Oesterreich 42,8 Prozent der gesamten weiblichen Bevölkerung im Hauptberuf tätig waren. Es wird auch nicht bestritten, es wird nur bedauert, als etwas Unnatürliches, Ungesundes. Und wenn die bewußten Frauen infolge ihrer Teilnahme am ökonomischen Produktionsprozeß, gerade weil sie ohnehin schon mit dem Reproduktionsprozeß, dem Gebären, Aufziehen und Erziehen des Nachwuchses belastet sind, dringend Menschenrechte fordern, um sich die beiden Pflichtenreihen durch geeignete Bedingungen zu erleichtern, ja überhaupt zu ermöglichen — dann verweist man sie darauf, daß dies ein ungesunder Zustand sei. „Nichts Törichteres kann es geben," sagt Goldscheid, als „zu meinen, es liege an der Frau selber, in der Alternative „Mutterschaft oder Beruf" die Entscheidung zu treffen." Wahrlich es können nur Politiker von höchst beschränktem Gesichtskreis sein, die die ganze Masse der berufstätigen weiblichen Bevölkerung einfach ignorieren, weil es Arbeiterinnen sind, und nur die paar studierenden Frauen beachten, die eventuell im Konkurrenzkampf der freien Berufe als störend empfunden werden, oder sie sind gerade um die Gesundheit der Töchter ängstlich besorgt, wenn diese sich wegen des Studiums anstrengen und nicht wegen „gesellschaftlicher Verpflichtungen", oder es steigen plötzlich Rassebedenken oder Staatsnotwendigkeiten auf, weil einige Frauen die Geburtenzahl dem Studium und nicht der Taille zuliebe beschränken. „Die Art der geschlechtlichen Arbeitsteilung," sagt Goldscheid, „hat sich eben in der Gegenwart von Grund auf umgestaltet . . . Mutterschaft ohne Beruf ist in der Mehrzahl der Fälle heute schon zu einem Luxus geworden . . . Es kann das Problem unserer Zeit nur lauten: Welche Verhältnisse müssen wir schaffen, um der Frau die optimale (bestmögliche) Vereinigung von Mutterschaft und Beruf zu ermöglichen?" Der Beruf erfordert von der Mehrzahl der Frauen gebieterisch die Selbsterhaltung, Mutterschaft erfordert die Gattungserhaltung, also die Gesellschaft. Kann ihnen diese Gesellschaft, die den Nachwuchs braucht, um weiterzukommen, um überhaupt weiterzubestehen, die Mutterschaft ohne Beruf nicht sicherstellen, so muß sie ihnen Rechte einräumen, durch welche sie selbst sich die geeigneten Bedingungen schaffen — und sie werden dies am besten selbst besorgen —, um beiden Pflichtenreihen nachzukommen, ohne „Ueberspannung der Frauenpflichten in der Gegenwart, die unsere Zukunft in höchstem Maße bedroht".

Und wenn die Not der pflichtenüberladenen Frau am größten ist, wenn „Ueberarbeit, Unterernährung, Schlafmangel, überstürzte Wochenbetten usw." sie physisch und geistig zugrunde gerichtet haben, „. . . wo kümmert sich irgend ein Gesundheitsamt um das rasche Altern der Proletarierinnen, um die raubbauartige Amortisation und die gewissenlose Vergiftung dieser Quellen der Volksernährung?" Solange die Frau Menschen produziert, immer wieder anstandslos produziert, solange sie sogar mehr produziert, als die Gesellschaft unbedingt braucht — es dürfen ja so viele Kinder sterben, es dürfen ja im Kriege so viele Männer hingeschlachtet werden! —, solange die Frau unter den Bedingungen produziert, welche sie ohne Kampf von der Gesellschaft eingeräumt bekommt, solange wird die Ware Mensch niedriger eingeschätzt als jede andere Ware. Der Mensch hat noch keinen Wert, er wird in Massen vergeudet, vergeudet im Kriege, vergeudet im Wettrüsten, vergeudet durch Gewerbekrankheiten, durch Wohnungsnot, Unterernährung, vergeudet durch Säuglingssterblichkeit.

Anders wird es mit einem Schlage, „wenn die Frau," wie Goldscheid dies so klar und kräftig sagt, „in sich die Menschenproduzentin entdeckt". Und viel früher schon, wenn als bloße Abwehrbewegung gegen unerträglichen ökonomischen Druck, gegen allzuschwere gesundheitliche Belastung das einsetzt, was ein unabweisbares Zeichen unserer Zeit ist, die willkürliche Einschränkung der Geburten. Da nützt kein Jammern um die Größe der Nation und kein Mahnen an die Pflicht gegenüber der Gesellschaft, da nützen nur veränderte Bedingungen, veränderte Stellung der Frau in der Gesellschaft. Die Frau muß körperlich arbeiten, soll gebären, will geistig sich betätigen und genießen — sie fordert sozusagen ihren Achtstundentag. Da heißt es nun mit weniger Menschen auskommen, die wenigeren schonen, gut wirtschaften; es taucht auf der große und fruchtbare Begriff der Menschenökonomie, den Goldscheid wahrhaft zur rechten Zeit geprägt, ein Begriff, der wie mit einem Schlage unsere ganze Auffassung, unsere ganze Stellungnahme zur Frauenfrage gerade als Sozialdemokraten klärt und kräftigt. „Es ist ja auch ganz klar," sagt Goldscheid, „daß der Prozeß der Gattungserneuerung sich weitaus ökonomischer vollzieht, wenn mit geringerem generativen Umsatz der gleiche generative Nutzeffekt erzielt wird . . . Rücksichtslose Ausbeutung und optimale Ausnützung sind überall diametrale Gegensätze . . . Dieses Faktum ist es nun, in dem die gewaltige Bedeutung der Frauenfrage begründet liegt."

Und nun weist Goldscheid darauf hin, wie die Ware Mensch langsam anfängt, höher eingeschätzt zu werden, weil das Angebot sich verringert, wie man sogar die unehelichen Kinder den ehelichen gleichzustellen beginnt, wie man anfängt, sich für Säuglingsfürsorge, Jugendfürsorge, Mutterschutz zu interessieren, kurz, die Frauen als solche erreichen durch den Streik das, was die Arbeiter als solche erreicht haben und immer wieder erreichen: Zuerst wird die Gesellschaft auf die ganz merkwürdige Tatsache aufmerksam, daß die Kinder, die sie für den Krieg, für die Fabik usw. immer wieder so dringend braucht, nicht vom Himmel fallen, daß es Menschen sind, die diese Kinder produzieren unter Mühen und Gefahren, mit Schmerzen und Sorgen. Sie erfährt, daß diese Menschen bei dieser an und für sich gesundheitsgefährlichen Produktion unter unhygienischen Bedingungen, sozusagen nach dem Schwitzsystem arbeiten, daß sie dabei ihre Gesundheit, ihre Kraft einbüßen. Wenn die Gesellschaft diese ihr zuerst ganz unerhört vorkommende Tatsache einmal begriffen hat, daß die Frau selbst die Menschenproduktion für eine gesellschaftliche notwendige Arbeit hält, also auf Arbeiterschutz, auf Arbeitshygiene auch in diesem Produktionszweig Anspruch hat, so wird es ihr endlich klar werden, daß die Frau sich nur im bewußten Kampfe gegen die Gesellschaft günstigere Arbeitsbedingungen eben als Frau schaffen kann. Die Gesellschaft wird ihr geben müssen, was ihr als Produzentin zukommt, ihren Lohn in Form der teilweisen Befreiung vom ökonomischen Produktionsprozeß, in Form von Rechten, die Goldscheid ja als Aequivalent von Leistungen überhaupt bezeichnet. Dann wird die Frau den Kampf um die bestmöglichen Existenzbedingungen als Gleiche unter Gleichen führen. Dann wird sie selbst am nachdrücklichsten für Menschenökonomie eintreten, weil sie als Kulturmensch am meisten daran interessiert ist.

Die Veränderung der Quantität des Nachwuchses, die Gesundung der Frau als Persönlichkeit, die endlich bestimmte Stellung in der Gesellschaft, geordnete Produktionsverhältnisse für die Menschen- wie für die Warenproduzenten sollen und müssen die bewußte Kulturarbeit der Frau steigern, sollen und müssen ihr Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Gesellschaft wachrufen. Sie wird nun willig und fähig, sich nicht nur fort-, sondern hinaufzupflanzen.

So wird nicht nur die Beherrschung der äußeren Natur, sondern auch die „Lebensbeherrschung, in deren Mittelpunkt der Mensch selber steht, zum obersten Zweck all unseres bewußten Wirkens . . ." Damit bricht für die Frau als eigentliche Lebensschöpferin die Blütezeit an . . . „Wir schreiten von der unbewußten individuellen Fruchtbarkeit zur bewußten sozialen Fruchtbarkeit empor."

Vermischtes

— **Geständige Landesverräter.** Der Berliner Polizei ist es gelungen, die Persönlichkeit des in Dresden als Mitschuldigen des Feldwebels Pohl verhafteten Dr. Blumenthal festzustellen. Es ist der in Berlin geborene Kurt Kaul, der auf einem in Petersburg auf den Namen Dr. Blumenthal ausgestellten Paß in Dresden wohnte. Die ganze Affäre wurde dadurch entdeckt, daß man vor einiger Zeit in der ersten Ingenieur-Inspektion in Berlin mehrere Pläne vermißte. Daraufhin wurde eine Beobachtung aller Personen eingeleitet, die mit den Plänen in Berührung gekommen waren, und dabei blieb ein starker Verdacht auf Pohl haften. Er wurde verhaftet, und nach anfänglichem Leugnen gab er zu, daß er die Pläne genommen und verkauft habe. Bei der Durchsuchung seiner Effekten wurde die Adresse eines Dr. Blumenthal gefunden. Pohl gestand ein, daß er mit Blumenthal in Verbindung gestanden habe, und daß dieser der Anstifter zu seinen Verbrechen sei. Die Verhaftung des Pohl erfolgte vor einigen Tagen, wurde aber so geheim gehalten, daß „Dr. Blumenthal" nichts davon merkte. Es gelang, ihn nach mehreren Tagen der Observierung festzunehmen. Auch Blumenthal hat unter der erdrückenden Last der Beweise seine Verbrechen eingestanden.

— **Bergmannslos.** Auf dem Plutoschacht in Wanun (Westfalen wurden am Mittwoch nachmittag drei Bergleute

verschüttet. Trotz energischer Rettungsarbeiten gelang es nicht, zu den Verschütteten vorzudringen.

Neuere Nachrichten besagen: Von den drei am Mittwoch nachmittag auf Zeche Pluto verunglückten Bergleuten sind Donnerstag abend zwei nach 22stündiger Rettungsarbeit als Leichen geborgen worden. Der dritte wird kaum vor heute abend geborgen werden können, da der Bruch bewältigt werden muß.

— **Der sterbende Achill.** Muse, verhülle dein Haupt! Ein Großer geht dahin! Tränenden Auges meldet jetzt der Verlag der Staatsbürger-Zeitung seinen Lesern, daß das deutschvölkische Banner in den Staub sinkt. Auch die von Rudolf Leblus aus der gelben Bewegung mitgebrachten Gelder konnten das Sterben der Staatsbürgerin nicht aufhalten. Sie ist so gut wie pleite und wird vom 1. Juli an das Banner der deutschvölkischen Sache nur noch einmal in der Woche aufrollen. Dafür aber um so kräftiger. Ohne Rücksicht und Scheu, so versichert der Verlag, werde man mit dem Rufe: Hep! hep! deutschvölkische Auffassung vertreten.

— **Die neue Heilmethode.** Ein großes Verdienst um die leidende Menschheit kann das Bürgermeisteramt des rheinischen Städtchens Münster am Stein auf sein Konto buchen. Es ist der Entdecker einer neuen Heilmethode, der Badearbeitskur. Dem Bürgermeisteramt des Städtchens gebührt aber auch der Ruhm, die neue Heilmethode in der Praxis anzuwenden. Es inserierte in der Staats- und Gemeinde-Vakanzen-Zeitung die folgende Kur:

„Registrator zur Anlegung kleiner Registratur (1100 Einwohner) gegen kostenlose Badekur gesucht. Bürgermeisteramt Bad Münster am Stein."

Eine sehr schätzenswerte Leistung. Nachdem von Regierungsseite wiederholt erklärt wurde, daß die Sozialpolitik zu einem gewissen Abschluß gekommen sei, ist es von einem hohen Bürgermeisteramt doppelt anerkennenswert, daß es der praktischen sozialen Hilfe neue Wege weist. Die paar Arbeitslosen, die zwar auf keine Kur, wohl aber auf Verdienst rechnen, können ja schließlich weiter hungern.

— **Die größte Kanone!** Lieb Vaterland magst ruhig sein! Jetzt haben wir die größte Kanone. Gemeint ist nicht etwa Mister Meschugge oder irgendein anderes meschuggenes „Musikphänomen". Nein, in Wahrheit, wir haben die größte Kanone. Sie ist hundebillig. Die Firma Krupp lieferte sie für den Bagatellpreis von nur 400 000 Mark. Dafür kann man aber auch auf eine Strecke von 24 Kilometern im Umkreis jeden Spatzen vom Dach schießen. Freilich wäre das ein etwas kostspieliges Vogelschießen, kostet doch jeder scharfe Schuß etwa 10 000 Mark.

Nun soll uns noch einer kommen! Dann immer feste druff! Wir haben ja die größte Kanone und auch das genügende Geld, um es zu verpulvern.

— **„Schämen Sie sich . . ."** Ueber die Art der Behandlung Unfallverletzter oder deren Hinterbliebenen sind in Arbeiterkreisen noch nie viel Lobesäußerungen laut geworden. Es fand sich beim besten Willen kein Anlaß dazu. Die soziale Rechtsprechung war von allem beseelt, nur nicht von sozialem Geist. Der Gewöhnung an den Verlust der Beine, der Nichtinvalidität bei der Möglichkeit eines Tagesverdienstes von 20 Pf., hat nun der Herr Oberbergrat Sattig in Halle ein neues Glied der Kette sozialer Aeußerungen und Handlungen angereiht. Die Erfurter Spruchkammer des Königlichen Knappschaftsgerichts des Bezirks Halle hatte kürzlich über eine Berufung gegen die Rentenfestsetzung für die Hinterbliebenen eines tödlich verunglückten Bergmanns in Kleinbodungen zu befinden. Die Witwe hatte fünf Kinder. Das jüngste war erst nach der Rentenfestsetzung zur Welt gekommen. Die Witwe glaubte nun, eine höhere Rente beanspruchen zu können; doch sie hatte vergeblich gehofft. Der Vorsitzende, der Königliche Herr Oberbergrat Sattig, erklärte im Hinblick auf die schon festgesetzte Rente in der Berufungskammer:

„Das ist doch schönes Geld, schämen Sie sich, uns so unnötige Arbeit zu machen. Wenn er (gemeint ist der Tote) nicht verunglückt wäre, bekämen Sie garnichts."

Die Grenzen der preußisch-deutschen Justizfreiheit sind zu eng, um diesen Ausspruch treffend kritisieren zu können. Aber auch ohne dies wird diese Aeußerung ihre Wirkung nicht verfehlen.

— **Die Fibel als soziales Vorbild.** Sobald unsere ABC-Schützen zusammenhängende Sätze zu lesen verstehen, führt man sie in die Poesie ein. Und zwar geschieht das auf allen deutschen Schulen gleichmäßig durch ein gemütvolles Gedicht, das also lautet:

Muh, muh, muh!
So macht die bunte Kuh.
Wir geben ihr das Futter,
Sie gibt uns Milch und Butter.
Muh, muh, muh!
So macht die bunte Kuh.

Man mag über den poetischen Gehalt dieser sechs Verse nicht gerade sehr entzückt sein, tut nichts, wenn es den Kleinen nur Spaß macht. Aber etwas bedenklicher sind doch die Vorstellungen, die dieses Gedichtchen von dem Verhältnis eines verehrlichen Rindviehes zur fütternden Menschheit erweckt. Das wird so dargestellt, als sei es jener berühmte „freie Arbeitsvertrag", den die meisten Kinder später einmal kennen lernen, wenn sie das erste Schulgedicht längst vergessen haben. „Wir geben ihr das Futter" — als humane Arbeitgeber, die da wissen, daß eine gute Kuh ihres Klees wert ist, — „sie gibt uns Milch und Butter" — als getreuer Arbeiter, der weiß, daß man nicht umsonst „dem Ochsen das Maul nicht zubindet, der da drischt".

Damit pflanzt die Fibel die erste soziale Lüge ins Kinderherz. Eine harmlose, sicherlich, wenn sie allein stünde. Aber was die Fibel harmlos begann, das setzt das Lesebuch und besonders der Geschichtsunterricht sehr wenig harmlos fort. Wie zu allen Zeiten die regierenden Herren das Volk gleich der Kuh am Nasenring im Stall ihres Ausbeutungssystems festgebunden haben, um es lustig zu melken, das wird genau so gefühlswarm als ein Pakt auf Gegenseitigkeit hingestellt, wie der „Arbeitsvertrag mit der Kuh". Nach der Geschichtsweisheit, die die Schule lehrt, haben immer die Fürsten ihre Völker dickgefüttert, nicht umgekehrt.

Für den aber, der Sinn für Symbolik besitzt, gleicht in gewissem Sinne der „freie" Arbeitsvertrag wirklich dem Pakt zwischen dem Menschen und der Kuh.

Was geschieht der Kuh, wenn sie keine Milch mehr gibt? Man zieht ihr das Fell über die Ohren!

— **Die Ehe — ein Geldgeschäft.** In einer Berliner Zeitung erschien dieser Tage folgendes Inserat:

Prinz

aus Jahrhunderte altem Fürstenhaus, ohne Schulden, 40 Jahre alt, sehr solid, Sportsmann, wünscht sich zu verheiraten, und will dann seinem Stande gemäß auftreten. Direkte Offerten von Damen, auch Witwen, **mit Vermögen nicht unter 10 Millionen erbeten.** Strengste Diskretion wird zugesichert und erbeten. Offerten unter . . . an die Expedition dieses Blattes.

Der Mann hält wenigstens auf Preise!

— **Der Irrwahn des Kriegsveteranen.** In der brandenburgischen Kreisstadt Soldin haben sie unlängst einen Kriegsveteranen ins Krankenhaus transportiert. Der bedauernswerte alte Vaterlandsverteidiger litt an der fixen Idee, daß das Deutsche Reich die Männer, die auf blutigen Schlachtfeldern ihr Leben riskiert und zu seiner Gründung wesentlich beigetragen, im Alter ordentlich versorgen würde. Dieser Irrwahn verdichtete sich schließlich zu der verrückten Idee, auf dem Landratsamt würden außer dem kärglichen „Ehrensold" noch besondere Veteranenbeihilfen ausgezahlt. Er teilte diesen politischen Aberglauben einer Anzahl Kameraden mit und fand bei ihnen einen solchen Anklang, daß sie unter seiner Führung nach dem Kreishause marschierten, um die eingebildete Belohnung in Empfang zu nehmen. Sie sahen sich aber nur angeführt. Die Beamten machten höllisch verdutzte Gesichter, als sie die ansehnliche Schar älterer Krieger anrücken sahen und ihr Begehren hörten, und konnten den Aermsten statt des Geldes nur die traurige Erklärung geben, daß sie zweifellos einer Mystifikation zum Opfer gefallen seien. Da wurde der arme Anführer ganz wild und verfiel in Tobsucht, so daß sich seine nachherige Ueberführung in eine Heilanstalt notwendig machte.

Nach unserem psychiatrischen Erachten ist der Mann leider unheilbar. Wer sich einbildet, in dem militarisierten Deutschland werde auch für den einfachen Veteranen auskömmlich gesorgt, dem ist nicht mehr zu helfen, der ist ganz wahnsinnig. Das ist eine fast ebenso verrückte Idee, als wenn einer auf ostelbischen Gutshöfen praktisches Christentum vermutete, im Zentrum „Wahrheit, Freiheit und Recht", wie es auf dem Programm steht, oder bei den Nationalliberalen Standhaftigkeit und Liberalismus. Gegen alle derartigen Wahnvorstellungen hilft keine ärztliche Behandlung. Zum Glück sind die Patienten aber harmloser als der Anführer der Soldiner Kriegsveteranen, so daß sie ohne direkte Gefahr frei herumlaufen können.

Raucht Brenners Offiziers-Cigarette [1061

Möbel · Spiegel Polsterwaren

empfehlen in nur sauberer und gediegener Ausführung auf

Billigste Preise — Streng reelle Bedienung

Unerreicht dastehende Kulanz

Bei ganzen Aussteuern Extrapreise

Kredit

Billigste Bezugsquelle auch bei Einkäufen gegen Bar!

A. Kaatz Nachf., Kaatz & Lessing, Danzig,

Lawendelgasse 2 3, vis-à-vis der St. Nikolai-Kirche an der Markthalle. [814

Bei **Max Philipsohn** Danzig, Langebrücke 8 kauft man **Schuhe und Stiefel** jeder Art in modernsten Formen enorm billig! [590

Allgemeine Ortskrankenkasse
in Danzig.

Bekanntmachung.

Vom 1. Juli 1914 ab bis auf weiteres sind die Geschäftsräume der Kasse nur von 7 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet.

Aus- und Einzahlungen 9–1 Uhr täglich.

813] Der Vorstand.

Menschenschlachthaus
Bilder vom kommenden Krieg!
Preis 1,00 Mk. Porto: Drucksache 10 Pfg.
Volksmacht-Buchhandlung, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32

Lichtstrahlen. Monatliches Bildungs-Organ für denkende Arbeiter. Herausgegeben von Julian Borchardt.
Preis pro Heft 10 Pfg. — Zum Abonnement empfohlen.
Buchhandlung Volksmacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Oskar Schützmann
Destillation und Likörfabrik
Tischlergasse Nr. 57
Grogrum.
654]

Außergewöhnliches Angebot

Mensch der Urzeit . .	früher	2,00 Mk.,	jetzt	0,60 Mk	
50 Meisternovellen, reich illustriert . . .	„	2,00	„	„	0,60 „
Menschenschicksale .	„	2,00	„	„	0,60 „
Im Sumpf der Grossstadt	„	2,00	„	„	0,50 „
Fremdenlegionär . . .	„	1,50	„	„	0,50 „
Fahrt um die Erde . .	„	4,00	„	„	0,80 „
Neueste Witzbücher .	„	1,00	„	„	0,25 „

Durch außerordentlich günstigen Einkauf sind wir in der Lage zu obigen Preisen die Bücher abgeben zu können, jedoch nur so lange der Vorrat reicht **Buchhandlung Volkswacht**
Paradiesgasse 32

Arbeiterbekleidung
Maßanfertigung
Herrenartikel
S. Lazarus
Gegr. 1894
Langfuhr
Hauptstraße 53.
652

Hohen Nebenverdienst
f. jedermann d. neue leichte Handarbeit i. eig. Heim. Arbeit nehme ab u. zahle sof. aus. Muster u. Anleit. g. Eins. v. 50 Pf. frko. Nachn. 30 Pf. mehr. Versandhaus J. Engelbrecht, Stockdorf 144, b. München. [623.

Möbel aller Art
Schränke, Vertikos, Spiegel, Küchenmöbel, Sofas und Garnituren, Teppiche sowie alle Polstermöbel, finden Sie in grosser Auswahl bei (353
A. Huse, Fleischergasse 77.

Näther-Reform-Klappstuhl, Kinderwagen m. Gummiräd., beid. f. g. erh., z. vk. Schönfeld. Brucke, Eg. Hof, unt.

Friseur Arthur Schulz, Ohra, Ostbahn 4c. [517

Möbel
in großer Auswahl [793
Polstersachen
in jeder Ausführung
zu bekannt billigen Preisen
R. Raddant, Am Speicherhaus 5.

Molkerei
P. Schünemann
Stadtgebiet Nr. 31
empfiehlt täglich frisch
Vollmilch
Magermilch, Buttermilch, Schlagsahne, Butter u. Käse
Milch frei ins Haus. [685

F. Arendt, Friseur, Ohra, Siesstr. 6.

M. Laube Ohra
Kurz- und Wollwaren
— Putz. — [352

Geld und kann sich in dem Glauben wiegen, er habe ein Geschäft gemacht, sofern er zu diesem Glauben veranlagt ist. Bei der „Westdeutschen Gesellschaft für Gewerbehilfe“ erhält der Sparer kein Geld, sondern die Versicherung für den Monat, wofür die Prämie von der Rabattgesellschaft getragen wird. Diese Prämie beträgt 35 Pfennige. Die Gesellschaft würde ein glänzendes Geschäft machen, wenn — ja wenn die Käufer über die nötige Kurzsichtigkeit verfügen. Die Gesellschaft hat die Absicht, die Lizenz für den Gebrauch ihrer Rabattmarkenidee für bestimmte Bezirke zu verkaufen. Der Lizenznehmer erhält das Recht, die Rabattmarke mit dem schönen Namen „Volkswohl“ zum Preise von 1 Mark pro Tausend von der Gesellschaft zu kaufen, die er an Geschäftsleute für 5 Mark weiter verkauft. Dem Lizenznehmer verzinst sich das Kapital demnach mit **nur 400 Prozent**. Geben die Geschäftsleute jetzt die Marke je eine für 20 Pfennige heraus, so gewähren sie also 2½ Prozent Rabatt, allerdings nicht in barem Gelde, sondern in der vom Lizenzinhaber für 35 Pfennige gekauften Monats-Unfallversicherung, lautend auf 1000 Mark.

Da auf dem Gebiete vernünftiger Versicherung gegen Unfall, Krankheit und dergleichen einwandfreie Leistungen zur Genüge zu verzeichnen sind, wäre es ein äußerst bedenkliches Attentat auf die Vernunft und das eigene Wohl, wenn das neueste Rabattsystem Eingang in Käuferkreisen fände. Grundsätzlich ist der Rabatt immer abzulehnen. Dem Käufer bietet er gewiß keinen Vorteil, denn der Geber des Rabatts hat nichts zu verschenken, er muß für den gewährten Rabatt auf geradem oder krummem Wege Deckung suchen. Der einzige vorteilhafte Kauf kann allein im eigenen Geschäfte der Käufer, im Konsumverein, gemacht werden.

Die Submissionsabmachungen im Baugewerbe.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Eidesstattliche Versicherung.

Hiermit versichere ich an Eidesstatt: Es ist nicht wahr, daß ich im Jahre 1909 oder sonst jemals von der Firma Boeling oder einem Vertreter derselben irgend-einen Betrag aus Anlaß der Submission für die Bauten beim Militärbauamt III gefordert oder erhalten habe.

Danzig, den 25. Juni 1914.

G. König, Maurer- und Zimmermeister.

Herr König ist so vorsichtig, nicht das System der Abmachungen, sondern nur die Annahme einer Geldentschädigung zu bestreiten. Das hätten wir ihm auch ohne eidesstattliche Versicherung geglaubt, denn die von der Firma Boeling an ihre Konkurrenten gezahlte Summe betrug insgesamt **1600 Mark**. Dieser Betrag ist als **fingiertes Haushaltungskonto** gebucht. Es ist möglich, daß außer Herrn König vielleicht noch einer der andern Herrn keine Geldentschädigung erhalten hat. Dadurch wird aber an den von uns festgestellten Dingen nichts geändert. Vielleicht erwittet Herr König von seinem Kollegen Boeling Einsicht in dessen Geschäftsbücher. Dort wird er die von uns gemachten Angaben bestätigt finden. Sollte es nötig sein, dann sind wir gern bereit, noch nähere Einzelheiten zu veröffentlichen, obwohl doch schon aus unseren bisherigen Feststellungen ersichtlich ist, daß wir aus gut unterrichteter Quelle schöpfen.

Danziger Kleinhandelspreise

(Halbmonatsbericht des Statistischen Amts).

Sortenbezeichnung	Ladenpreise am 15. Juni 1914 niedrigster u. höchster Preis Pf.	Ladenpreise am 15. Juni 1914 Durchschnittspreis*) Pf.	Ladenpreise am 15. Mai 1914 niedrigster u. höchster Preis Pf.	Ladenpreise am 15. Mai 1914 Durchschnittspreis*) Pf.
1. Fleisch zu ½ kg				
Rindfleisch				
Keule (Oberschale, Schwanzstück, Blume)	80—110	91	80—100	91
Bug (Schulterstück)	70— 90	82	75— 90	84
Bauch, Dünnung, Hals	70— 90	78	70— 90	78
Brust	70— 90	78	70— 90	80
Spannrippen	65— 85	75	70— 80	77
Rinderklops (gemahl. Fleisch)	80—100	91	80—100	90
Rindernierentalg (roh)	40— 70	55	40— 60	56
Kalbfleisch				
Keule	75—110	96	70—110	92
Kotelett	75—120	102	80—120	100
Bug (Schulterstück)	70— 95	85	60—100	81
Brust	65— 95	83	60— 90	80
Kamm, Hals, Rippen	65— 95	80	50— 90	74
Hammelfleisch				
Keule	90—120	104	90—120	105
Kotelett	85—120	102	90—120	105
Bug (Schulterstück)	80—105	93	80—105	95
Brust, Hals, Dünnung	80—100	89	80—100	91
Schweinefleisch				
Karbonade	90—110	101	90—110	99
Kammstück	70—100	81	70— 90	80
Bauchfleisch	60— 70	66	65— 75	67
Keule (frischer Schinken)	65— 85	72	70— 80	73
Bug (Schulterstück)	65— 75	67	65— 75	68
Kopf, Ohren und Schnauzen	20— 45	35	30— 45	37
Beine	35— 50	40	35— 50	41
Schweineklops (gemahl. Fleisch)	70— 90	79	70— 90	78
Frisches Rückenfett	65— 80	72	65— 80	72
Geräucherter roher Schinken im Ausschnitt	120—160	139	120—160	138
Geräucherter Speck	80— 90	85	80— 90	87
Inländisches Schmalz	80—100	88	80—100	90
2. Je ½ kg				
Ungeschälte gelbe Erbsen	18— 20	20	18— 20	19
Weiße Speisebohnen	20	20	20	20
Linsen	25— 30	26	25— 30	26
Eßbutter	110—140	127	120—140	131
Eßkartoffeln 5 Ltr.	25— 40	30	20— 35	26
„ 1 Ztr.	250—400	299	250—325	269
1 Mandel Eier	90—120	104	80—120	97

*) Der Durchschnittspreis ist kein wirklich gezahlter Preis, sondern ein aus allen vorliegenden Anschreibungen errechneter.

Zwei kleine, aber gefährliche Zimmerpflanzenschädlinge.

Wenn die Blätter unserer Zimmerpflanzen rostbraune Flecke bekommen, überhaupt die Pflanze kränklich aussieht, so wird man zuerst vergeblich die Ursachen zu ermitteln versuchen, nimmt man aber eine Lupe zur Hand, so wird man bald kleine rote Milben entdecken, welche sich rasch zwischen einem Gespinnst fortbewegen: es ist dies die „rote Spinne“. Diese Tiere kommen fast auf allen Pflanzen vor, benagen die Blattoberhaut und das unter derselben liegende Blattgrün und verursachen so das braune Aussehen der Blätter. Sie haben viel Aehnlichkeit mit einer Milbe, haben einen dicken Leib, zugespitzten Kopf und acht Borstenfüße, deren Spitzen mit je vier Greifgliedern besetzt sind. Ihre kleinen Eier legt die Spinne in die Rinde, die Knospen, an die Blumenstäbe usw. Das beste Vorbeugungsmittel ist hier Reinlichkeit durch öfteres Abwaschen der Pflanze, frische Luft und ein nicht zu warmer Standort. Als Bekämpfungsmittel kommen besonders starke Tabakräucherungen und Abwaschungen mit Tabak-Abkochung, der man pro Liter 150 Gramm Schmierseife, eine kleine Handvoll Schwefelblüten und etwas Spiritus zusetzt und jedes Liter dieser Mischung mit fünf Liter Wasser verdünnt, in Betracht. Auch ein Gemisch von einem Liter Wasser und 40—50 Gramm bitterer Aloe (ist in Apotheken und Drogerien erhältlich) ist ein wirksames Mittel. — Der andere unliebsame Gast ist der Blasenfuß (Thrips), ein kleines, etwas 2 Millimeter langes geflügeltes Tierchen, welches als junges Tier weißlich, später aber fast schwarz aussieht. Dieser Parasit lebt fast ausschließlich auf Warmhauspflanzen auf der Rückseite der Blätter, besonders auf dem Ficus, den verschiedenen Dracänenarten, den Azaleen usw. Er schadet der Pflanze in derselben Weise, wie die rote Spinne, nämlich durch Vernichtung des Blattgrüns, wodurch die Blätter zugrunde gerichtet werden. Außer den oben bereits erwähnten Bekämpfungsmitteln hat sich außerdem das Eintauchen der Pflanzen in heißes Wasser von 50 Grad Celsius besonders bewährt. —

Die Danziger Zeitung ist tief gekränkt, natürlich durch sozialdemokratische Ruchlosigkeit. In Lötzen in Ostpreußen hatte der Maurermeister Schulze bei Ausführung staatlicher Bauarbeiten dreizehn Maurer entlassen, obwohl er Frauen auf dem Bau beschäftigte. Die übrigen Maurer verlangten die Entlassung der Frauen und dafür Einstellung von Männern. Als Antwort entließ sie Schulze. Die Bauarbeiter verhängten nun über die Firma die Sperre und forderten vor Freigabe des Betriebes die Entlassung des Poliers, dem sie die Schuld an den Vorgängen zuschrieben. Der Maurermeister mußte nachgeben und den Polier entlassen. Darüber weint die Danziger Zeitung dicke Tränen. Der Mann stände brotlos da, nur weil er sich geweigert habe, dem sozialdemokratischen Verbande beizutreten. So sei die „Freiheit“ der Sozialdemokraten.

Dieser Tage hat das Reichsgericht in einer Entscheidung die Beschäftigung von Frauen im Baugewerbe als unzulässig erklärt. Der Streitfall macht zurzeit die Runde durch die Presse und auch die Danziger Zeitung muß von dem Urteil des Reichsgerichts Kenntnis haben. Die masurischen Maurer hatten also sogar die Rechtsprechung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung auf ihrer Seite, als sie sich gegen die Frauenarbeit auf dem Kasernenbau wandten. Nicht mit einem Wort nimmt indes das Danziger Freisinnsblatt gegen den Unfug dieser Art Frauenausbeutung Stellung. Die Freiheit, die sie meint, ist eben der konservativen Reitpeitschenfreiheit verschwägert und verwandt.

Im Stadttheater beginnt am 12. September eine neue Saison.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Danzig macht bekannt, daß vom 1. Juli ab ihre Kassenlokale nur von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags geöffnet sein werden.

Aus Furcht vor Strafe ist der 12 Jahre alte Schüler Paul Poblocki seinen Eltern, Neufahrwasser, Wilhelmstraße 109 wohnhaft, entlaufen. Er hatte die Schule geschwänzt und fürchtete die Folgen. Der Ausreißer wurde zuletzt am Montag abend in Langfuhr gesehen.

Die Ausmusterung für den Stadtkreis Danzig findet in der Zeit vom 9. bis 20. Juli im Café Derra statt. Die Militärpflichtigen, die erscheinen müssen, erhalten eine besondere Vorladung. Die Angehörigen des jungen Mannes, die die Ursache der Reklamation sind, müssen am Aushebungstage ebenfalls erscheinen.

Das alljährliche Turnfest der Volksschulen wird am Mittwoch den 1. Juli auf der Wiese in Jäschkental gefeiert werden.

Die Seifengasse ist wegen Pflasterarbeiten auf drei Wochen für den Wagen- und Reiterverkehr gesperrt.

Anläßlich des Schützenfestes haben auf dem Platz vor dem Olivaer Tor zahlreiche Schausteller ihre Zelthuden aufgeschlagen. In den Abendstunden herrscht dort allabendlich reges Leben und Treiben.

Ein großer Haufen menschlicher Schädel und Knochen liegt auf dem Platz des Neubaues der Westpreußischen Feuersozietät. Wer noch nicht von der Zweckmäßigkeit der Feuerbestattung überzeugt ist, sehe sich diese menschlichen Gebeine einmal an. Jeder wird zu der Ueberzeugung kommen, daß das Verbrennen der Leichen doch besser ist, als ein Ruhen in der Erde, das so unangenehm unterbrochen werden kann.

Kirschen werden jetzt überall zum Kauf angeboten. Der Preis ist 15 Pfennige für das Pfund. Der größte Teil der Früchte stammt aus Schlesien.

Polizeibericht vom 26. Juni.

1. **Verhaftet:** 4 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Bettelns, 1 wegen Trunkenheit.

2. **Obdachlos:** 2 Personen.

3. **Gestohlen:** In der Nacht vom 23. zum 24. d. Mts. mittels Einbruchs aus dem Hause Rennerstiftsgasse Nr. 1 eine hölzerne Sparbüchse mit der Aufschrift „Liebe Sparsamkeit“ und 2 Mark Inhalt, eine sogenannte Armenleur-Sparbüchse mit etwa 20 Mark, ein braunes Lederportemonnaie mit 15 bis 20 Mark, eine goldene Damen-Remontoiruhr mit schwarzer Schnur und goldenem Schieber in Herzform.

4. **Gefunden:** 1 silberne Damenuhr mit Goldrand; 1 schwarze Handtasche, enthaltend Taschentücher und Handschuhe, abzuholen aus dem Fundbureau des Königlichen Polizeipräsidiums; 1 Portemonnaie mit zirka 6 Mark, abzuholen von E. Wachsmann, Baumbach-Allee 14; 1 altes, 4 Meter langes Paßholz, abzuholen vom Hafenamt am Schulteneiege; 1 hinterer Teil eines vierrädrigen Handwagens, abzuholen vom Wach- und Schließinstitut, Altst. Graben 111.

5. **Verloren:** 1 schwarzes Portemonnaie mit zirka 40 Mark; 1 Brille im Holzetui; 1 Armbanduhr; 1 silberne Herren-Schlüsseluhr mit feingliedriger Dubleekette; 1 goldene Brosche in Schlangenform, mit blauen Steinen und Diamanten besetzt; 1 tulasilbernes Gliederarmband mit Sicherheitskette; 1 goldener Trauring, gez. J. S. 4. 2. 97; 1 Handtasche mit Schokolade, Handschuhen und Nagelnecessaire, abzugeben im Fundbureau des Königlichen Polizeipräsidiums.

Schiffsnachrichten.

Nach Danzig unterwegs.

Schiff	Kapitän	Abgegangen
Christian Horn (SD)	Jensen	21. Juni von St. Vinzent
Reichsanzeiger (SS)	v. d. Flecht	23. Juni von Emden
Vulkan (SD)	Connemann	24. Juni von Nieuwe Waterweg
Lulea (SD)	Andersen	20. Juni von Gefle

Angekommen in fremden Häfen.

Schiff	Kapitän	Angekommen
Emmy (SD)	Lösgren	22. Juni in Riga
Bertha	Hoffmann	20. Juni in Korsör
Phoebus (SD)	Havers	23. Juni in Nieuwe Waterweg
Elsie (SD)	Boese	21. Juni in Hirschhals

Aus aller Welt

— **Verrat an allen Ecken.** Wie die Kieler Neuesten Nachrichten hören, ist in letzter Zeit von einem Angehörigen einer fremden Jacht wiederum versucht worden, in den Besitz geheim zu haltenden Materials über die deutsche Flotte zu gelangen. Bei einem Kieler Photographen soll nämlich ein Fremder unter verschiedenen Namen aufgetaucht sein und versucht haben, ihn zum Landesverrat zu verleiten. Es ist der Polizei gelungen, des gefährlichen Spions habhaft zu werden und ihn in Hamburg zu verhaften. Es wurde wertvolles Material gefunden, das auf ein weitverzweigtes Spionennetz schließen läßt. Weitere Verhaftungen stehen bevor. — Aus Düsseldorf meldet die Telegraphenagentur: Bei der gemeldeten Verhaftung eines Buchhalters und eines Arbeiters handelt es sich um einen Spionagefall größten Stils, dessen Umfang sich noch nicht ganz übersehen läßt. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Der Reichsanwalt hat in das Verfahren bereits eingegriffen. Es handelt sich um die Lieferung von Karten und Skizzen an eine fremde Macht. — Aus Metz meldet man: Ein in Zivil befindlicher englischer Offizier wurde innerhalb des Festungsgebiets des Forts Kaiserin bei Metz durch einen Posten festgehalten und auf Befehl des Festungskommandanten durch einen Kriminalschutzmann auf das Gouvernement nach Metz gebracht. Ob es sich um ein versehentliches Betreten des Forts oder um Spionage handelt, ist noch nicht bekannt.

— **Fliegertod.** Infolge Uebersteuerns seines Wasserflugzeuges stürzte Donnerstag nachmittag bei Kiel Kapitän Schröter aus 40 Meter Höhe ins Wasser und erlitt schwere innere Verletzungen. Eine Pinasse rettete ihn zwar sofort, doch starb Schröter kurze Zeit später im Krankenhause.

— **Ein Riesenbrand.** Aus Salem (Massachusetts) wird gemeldet: In der Fabrik der Corn Leather Company brach ein Feuer aus, das sich schnell über das vierzig Acres große Areal des Lederfabrikationsdistrikts ausbreitete. Der Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt. — Eine soeben eingetroffene Drahtnachricht besagt: Salem, 25. Juni, 8 Uhr abends. Der Wind hat sich gedreht und das Feuer ist jetzt nahe dem Zentrum der Stadt. Wenn ihm nicht Einhalt getan wird, wird die ganze Stadt vernichtet. Die Elektrizitätswerke sind niedergebrannt. Die Stadt ist ohne Beleuchtung. Neunzehn Verletzte wurden ins Krankenhaus gebracht.

— **Kampf zwischen Beamten und Verbrechern.** Aus Magdeburg berichtet man: Zwei Verbrecher, die seit langer Zeit zum Schrecken der Bevölkerung seinerzeit den Molkereibesitzer Kärsten in Durxberge erschossen, wurden Donnerstag Nacht hier verhaftet. Es handelt sich um die Arbeiter Albert Kratzenberg und Karl Becker aus Medringen. Zwei weitere Komplizen entkamen. Becker zog bei seiner Verhaftung einen Browning und schoß auf die Beamten, ohne zu treffen. Ein Beamter schoß darauf zwei Schüsse auf Becker ab und verletzte ihn schwer. Kratzenberg wurde überwältigt und ins Gefängnis eingeliefert.

— **Ein Diener des Herrn verduftet.** In Rottenburg in Württemberg wurde ein Geistlicher des Domes namens Gauß nach Hinterlassung von 200 000 Mark Schulden flüchtig. Er sollte in den nächsten Tagen den Offenbarungseid leisten, dem er sich durch die Flucht entzog. Viele kleine Leute sind schwer geschädigt. Vor einigen Tagen erhielt der Geistliche noch 10 000 Mark zu kirchlichen Zwecken.

— **Vermächtnis.** Der Professor der Zoologie König vermachte der Universität Bonn sein neuerbautes ornithologisches Museum im Werte von mehreren Millionen Mark.

— **Raubmord in Eisenach.** Durch Beilhiebe ermordet und aller Wertsachen beraubt, wurde die 80jährige Witwe Kürschner in ihrer Wohnung aufgefunden. Als Täter kommt ein Schlafbursche der Ermordeten in Frage.

— **Selbstmord eines Liebespaares.** Aus dem Zeuthener See bei Rauchfangenwerder wurden Donnerstag mittag die zusammengebundenen Leichen eines 25jährigen Mannes und eines 23jährigen Mädchens, die anscheinend dem Arbeiterstande angehörten, aufgefischt.

— **Von der Bagdadbahn.** Nach der Frankfurter Zeitung soll am 1. Juli eine weitere hundert Kilometer lange Teilstrecke der Bagdadbahn von Dscherablus am Euphrat nach Tel Abiad eröffnet werden.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlich für die Rubriken „Danziger Nachrichten“ und „Aus Westpreußen“ Anton Fooken-Danzig, für den übrigen Inhalt des Blattes Hans Mittwoch-Königsberg i. Pr., für Inserate Franz Unterhalt-Danzig. Verlag Volkswacht A. Gehl u. Co.-Danzig.
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Voranzeige! **Sängerfest!** **Voranzeige!**

Am Sonntag den 19. Juli veranstalten die Gesangvereine des Gaues Westpreußen M. d. A.-S.-V. in Danzig ein großes Sängerfest, an dem Männer- und Frauenchöre der Provinz mitwirken. [876

Bitte dieses zur gefälligen Kenntnisnahme der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder.

Das Festkomitee.

In Freien Stunden

„Gegen die Schundliteratur!" heißt die Parole der illustrierten Wochenschrift „In Freien Stunden", die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, der Arbeiterschaft gute, fesselnde und volkstümliche Romane zu vermitteln. Die Wochenhefte können pro Halbjahr in einem Bande vereinigt werden — Einbanddecken liefert auf Wunsch der Verlag —, und so wird den Abonnenten die Möglichkeit geboten, sich allmählich für billiges Geld eine Unterhaltungsbibliothek zuzulegen, in der die besten Romane der Weltliteratur vertreten sind. **Der Hauptroman wird stets von Künstlerhand illustriert.** Jedes Heft bringt die Fortsetzungen von mindestens zwei Romanen und bietet daneben kürzere Erzählungen und **belehrenden Unterhaltungsstoff aus** den verschiedenartigsten Wissensgebieten. Vielen Aufsätzen werden erläuternde Abbildungen beigegeben. Kleinere Notizen der mannigfachsten Art schließen sich an, und fürs Lachen sorgt ständig Scherz und Satire. Zum letzten Heft eines jeden halben Jahres wird gratis **ein künstlerisches Bild** (Wandschmuck) geliefert. „In Freien Stunden" erscheint wöchentlich in einem Heft von 24 Seiten und kostet 10 Pfennig. Wir bitten die Parteigenossen und Genossinnen, für die Verbreitung der „Freien Stunden" und damit für die Eindämmung der Schundliteratur zu wirken!

Mit dem 1. Juli (Heft 27) beginnt als Hauptroman zu erscheinen:

Roman von Willibald Alexis

Die Hosen des Herrn von Bredow

Illustriert von Max Engert

Willibald Alexis, der „märkische Scott", schildert in diesem höchst amüsanten Roman den brandenburgischen Junker aus jener Zeit, da man dem Kurfürsten Joachim I. das bekannte Wort an die Tür schrieb: „Jochimken! Jochimken, hüte Di! Kriegen wi Di, so hangen wi Di!" — In starker Gestaltungskraft zeichnet der Autor hier eine ganze Reihe jener Urväter des heutigen Adels, die es als schwere Beeinträchtigung ihrer „Rechte" empfanden, daß ihnen das Strauchritterhandwerk gelegt wurde. Höchst anschaulich führt er uns vor, wie ihre Ungefügigkeit und Willkür sich erst schwer mit dem Hof befreunden konnten, wie manchem das Parkett im Kurfürstenschloß noch zu glatt war, um sicher darauf stehen zu können. In einer der Hauptfiguren des Romans, dem Ritter Lindenberg, gibt er ein klassisches Beispiel für die Macht der alten Raubinstinkte, die selbst diesen gewandten Hofmann urplötzlich wieder überwältigen und ihm den Hals kosten. Trotzdem die geschilderten Ereignisse Jahrhunderte hinter uns liegen, kommen uns die Junkertypen merkwürdig bekannt vor. Dieselbe Art sitzt noch heute im Preußischen Abgeordnetenhause und wehrt sich wie damals gegen gleiches Recht, gegen Wissen, Aufklärung und Fortschritt! Nur daß sie heute mit ihren Fürsten einiger sind als dazumal, da die Junker zunächst vergeblich forderten, der Kurfürst solle sich nur auf sie stützen — mit der selbstverständlichen Voraussetzung, daß er sie nach Belieben und Willkür schalten und walten lasse. — Hat der Roman so seine ernste historische Bedeutung, so ist er doch, wie schon der Titel andeutet, großenteils auf einen sehr humoristischen Ton gestimmt. Die schicksalsschwangeren Hosen des eß- und trinkfrohen Herrn von Bredow, die sich von Generation zu Generation als köstliches Erbteil vererben, spielen eine höchst bedeutungsvolle Rolle in dem Geschehen und setzen die Lachmuskeln des Lesers oft in heftige Bewegung. Der Verfasser verfügt über eine starke satirische Ader, und da kommen neben den Junkern und dem schlappen Bürgertum die Pfaffen aller Sorten ganz besonders schlecht weg. Alles in allem: die Abonnenten der „Freien Stunden" werden diesen Roman mit Genuß lesen, und wer ihn schon kennt, hat hier Gelegenheit, sich auf billige Weise eine illustrierte Ausgabe zuzulegen.

Neben dem Hauptroman beginnt in Heft 27:

Der Brautmarsch Novelle von Björnstjerne Björnson

Dies ist eine feine, stimmungsvolle Geschichte von der Liebe Freud' und Leid, in der immer wieder ein Brautmarsch anklingt, den Ole Haugen, ein armer Häusler und Spielmann, erdacht und oft gespielt hat. **Die Novelle selbst ist fast wie ein Lied** — ein heiter-trauriges Lied von der großen Naturkraft, die sich allen inneren und äußeren Hemmungen zum Trotz mit elementarer Gewalt durchsetzt.

Jede Woche erscheint ein 24 Seiten starkes Heft, reich illustriert, zum Preise von 10 Pf.

Alle Abonnenten erhalten am Schluß des Jahres ein hübsches Kunstblatt vollständig kostenlos

Der unten angefügte Bestellschein möge recht eifrig zur Aufgabe von Bestellungen benutzt werden .. .. ..

Der Unterzeichnete bestellt bei der **Buchhandlung Volkswacht, Danzig,** Paradiesgasse 32:

„In Freien Stunden"

nebst einer **Gratis-Kunstbeilage** zum Preise von 10 Pf. wöchentlich frei ins Haus

Name: .....

Ort u. Wohnung: .....

Dieser Bestellschein kann auch dem Zeitungsboten mitgegeben werden

---

Zähne 1,00 Mk. und 1,80 Mk.

ohne Extraberechnung der roten Kautschukplatte.

Nach mehrjähriger Fachtätigkeit bin ich in der Lage, durch nur persönliche Behandlung meine Patienten vollkommen zufriedenzustellen und gebe gern für meine Arbeiten

10 Jahre schriftliche Garantie für Haltbarkeit,

das heisst, im Falle einer Reparatur wird dieselbe während dieser Zeit kostenlos ausgeführt.

Für 1.80 Mk. die besten Schneidezähne für Kautschukarbeiten.

Amerik. Zähne, deren Stifte mit 22kar. Goldhülse versehen sind in geeigneten Fällen Diatorix.

Als Backenzähne solche, welche von ersten Fachleuten als zum Kauen geeignet anerkannt sind.

Allein-Anfertigung für Danzig.

Patent-

„Reform"- ohne

Gebiss Platte

Bei Bestellungen künstlicher Zähne Zahnziehen mittelst Betäubung kostenlos. Viele Dankschreiben von meinen Patienten über schmerzloses Zahnziehen. [530

Zahnziehen in örtlicher Betäubung **1 Mk.**

Umarbeiten nicht passender Gebisse billigst und schnell.

Zahnschmerz beseitigen 1 Mk. Unzufriedene Patienten werden unter Garantie zufriedengestellt.

Kostenlose Untersuchung des Mundes und Preisanschläge.

II. Praxis: Zoppot, Seestrasse 25 I

Institut für Zahnleidende

71 I DANZIG TELF. 2621 Pfefferstadt 71 I

Sprechzeit v. 8–8 Uhr Sonntag 9–2 Uhr

Persil

wäscht und schont

Spitzenwäsche

Henkel's Bleich-Soda

[812

Betten,

Bettfedern, Daunen

Einschüttungen, eiserne Bettgestelle

Bei Einkauf von Einschüttungen werden die alten Federn gratis gereinigt.

Abholung und Lieferung frei.

Hygienische Bettfedern-Reinigungs-Anstalt

Häkergasse Nr. 63

an der Markthalle.

Telefon 2788. [655

Friseur [809

P. Wienhold

Langfuhr, Labesweg 19a.

Wintergarten

Prolongiert Prolongiert

Haase-Burlesken

Ein unheimlicher Gast | Der Kuß im Steffenspark

Walter Bährmann, der beliebte Humorist

sind Schlager des glänzenden Weltstadt-Programms

vom 16. bis 30. Juni

Vorverkauf Zigarrengeschäft **R. Obst,** Heilige Geistgasse 13

627] **Gebr. Weixel,** Stadtgraben 8.

Nur Kachelbetrieb!

Echt garantiert reingekachelten

Schnupftabak

aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkachelei

Julius Gosda, Danzig

Rohtabakhandlung, [653

Häkergasse 5, II. Priestergasse Nähe der Markthalle.

Nur Kachelbetrieb!

Arbeiter! Parteigenossen! Agitiert für Eure Zeitung!